

Nr. 3 • August 2012 • Senioren-Union der CDU Deutschlands • 10. Jahrgang

Senioren
Union
hellwach!

souverän

DAS MAGAZIN FÜR MUT ZUR ZUKUNFT



Generationengerechtigkeit

Rente: Zukunfts- statt
Auslaufmodell unterstützen

Altersdiskriminierung:
Grundgesetz ergänzen

Generationenausschüsse:
Zur Einführung verpflichten

Lesen was gesund macht.

Weitere Themen:

- ▶ **Ekzeme:** Alles über die Auslöser und wie Sie sich davor schützen
- ▶ **Schenkelhalsbruch:** Warum eine frühzeitige Operation so wichtig ist
- ▶ **Die App „Apothekenvor Ort“:** Wie Sie bei Ihrer Rezepteinlösung viel Zeit und unnötige Wege sparen
- ▶ **Insektengefahr:** Welche neuen Krankheits-Erreger jetzt lauern
- ▶ **Haut und Psyche:** Wie Yoga, Massagen & Co. Ihrer Haut guttun



Alle 14 Tage NEU
in Ihrer Apotheke.

www.apotheken-umschau.de



Ich habe mich für die CDU entschieden, weil sie die Freiheit und die Demokratie verteidigt.

„Senioren-Union – Rückgrat der Gesellschaft“, so lautet das Motto für unsere Bundesdelegiertenversammlung 2012. Eine ebenso anspruchsvolle wie herausfordernde Aussage! Rückgrat haben heißt vor allem, sich für etwas einzusetzen, seiner Überzeugung treu zu bleiben, sich nicht zu verbeugen oder zu verbiegen vor dem Zeitgeist, sich nicht feige zu verkriechen, weil man das Urteil scheut, ob einer richtig oder falsch handelt, als Demokrat seine Pflicht zu tun, nämlich zu sagen, was ist!

Gewiss, zwischen Absicht und Tun besteht in der Regel ein himmelweiter Abstand. Doch Tatsache bleibt auch, dass wir allein als träge Beobachter in bequemen Liegestühlen auf dem Balkon der Zeitgeschichte keinen Erfolg im gesellschaftspolitischen Gerangel haben werden. Ohne Präsenz und Einmischung vor Ort wird uns kaum etwas gelingen. Glaubt denn wirklich jemand, man könne den Bürger allein aus Vorständen, Kommissionen oder allen möglichen Gremien mit öffentlichen Verlautbarungen und Kommentaren gewinnen, die den Abstand zwischen Wählern und Politikern eher noch vergrößern? Also einmal mehr herunter vom hohen Podium, Augenhöhe mit dem Bürger einhalten, auf dieser Ebene mit ihm diskutieren, besser noch, ihm mehr zuhören, das ist die Devise, das heißt Rückgrat zeigen, und so gewinnt man Wahlen. Die Erfolge der CDU, der erfolgreichsten Volkspartei der europäischen Nachkriegsgeschichte, sind das Ergebnis solcher Einsichten. Warum zeigen wir als Ältere, die an diesen Erfolgen mitgewirkt haben, nicht eine größere Portion an Selbstbewusstsein, um unsere Partei nachhaltig zu stärken und Vertrauen zurückzugewinnen, das verloren ging?

Welche Argumente sprachen damals eigentlich dafür, die Senioren-Union zu gründen? Es galt, die Berufs- und Lebenserfahrung der älteren Generation einzufordern und sie an ihre Verantwortung zu erinnern, weil sie gebraucht wurde, heute mehr denn je. Nur im Zusammenspiel von Alt und Jung ist die Zukunft unserer Gesellschaft zu gewinnen. Diese Gewissheit führte zur Senioren-Union.

Unsere Partei ist auch kein Warenhaus, wo alle bunten und gemischten Waren angeboten werden, und ebenso wenig ist sie ein Hort der Beliebigkeiten. In der politischen Auseinandersetzung müssen die Fronten klar sein, die Wähler müssen wissen, mit wem sie es zu tun haben, welche Meinungen er vertritt und welche nicht. Die Union war vom Anfang ihrer Gründung bis heute immer die Partei der Freiheit, und das wird sie bleiben. Wer für die Freiheit steht, muss bereit sein, starkes Rückgrat zeigen und sie verteidigen. Für die Freiheit wäre es eine tödliche Gefahr, wenn sich die Meinung durchsetzte, allein Wohlstand und unsere Sozialsysteme verbunden mit Selbstzufriedenheit garantierten die freiheitliche Grundordnung unse-

rer Gesellschaft, die Freiheit des Glaubens eingeschlossen. Wer unsere Toleranz nicht als Ausdruck unserer Souveränität begreift, sondern mehr als ein Symptom für die Schwäche unserer Kultur, der darf gegenüber dieser Meinung nicht mit unserer Toleranz rechnen. Wir sind nicht ohnmächtig!

Und schließlich wollen wir mit Blick auf die Wahlen im Jahr 2013 einen neuen Aufbruch in der Politik wagen. Modisches Jammern und „German Angst“ bieten keine gute Chancen für einen erfolgreichen Start. Kaum ein Land in Europa ist bislang so gut durch die Eurokrise gekommen wie Deutschland. Um die vergleichsweise guten Beschäftigungszahlen und unsere Sozialsysteme beneiden uns viele Länder. Doch das Ergebnis? An den Stränden südlicher Sonne ergießt sich der millionenfache Kummer deutscher Niedergeschlagenheit in die blauen Wellen des Mittelmeers, den die hart getroffenen Einheimischen nur mit Kopfschütteln und totem Unverständnis zur Kenntnis nehmen.

Für eine gute Stimmung in Deutschland brauchen wir in der CDU keine Berufspessimisten. Welches Frühstück am Morgen wird nicht zur Qual mit einem Pessimisten und Nörgler am Tisch gegenüber, der einem bereits die schlechtesten Ergebnisse für den Tag aus dem Kaffeesatz herausliest. Wir Senioren sollten wieder mehr Lebensfreude zeigen, den Jüngeren würd's helfen und uns nicht schaden, und Optimismus nützt allen. Natürlich steht unsere Vereinigung für Prävention im Gesundheitswesen, und so wird es auch bleiben. Doch die Lebensqualität wird auch für den „Vorbeugebürger“ nicht sonderlich gemindert, wenn er hin und wieder anstelle eines Glases lauwarmen Mineralwassers ein gutes Glas Wein oder ein frisch gezapftes kühles Bier trinkt oder statt Rohkost eine gehörige Portion Grünkohl mit einer duftenden geräucherten Mettwurst genießt. So etwas gehört auch zur Lebensqualität und macht unsere Forderung nach Prävention nicht ungläubwürdiger, mit Sicherheit aber weltoffener und weniger belehrend.

Die Olympischen Spiele haben wieder mal gezeigt, wie freudig die unterschiedlichen Menschen ihre Landsleute beim Gewinn einer Medaille feiern. Es ist wohlthuend, wenn man sieht, mit welcher Natürlichkeit sie ihren Patriotismus zeigen und damit jenen Stolz für ihr Vaterland verkörpern, den ich mir auch für Deutschland wünsche – ohne Anmaßung, doch mit Dank und Freude und vor allem mit Rückgrat!

*Mit freundlichen Grüßen
Otto Wulff*

Prof. Dr. Otto Wulff

Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands

Impressum

Herausgeber

Senioren-Union der CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 · 52153 Monschau
Geschäftsführer: Georg Weiss
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:

70000 Exemplare über personalisierten Posteinzelvertrieb, davon 58000 an Senioren-Union-Mitglieder und 12800 an CDU-Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:

Senioren-Union der CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer / Anita Müller

Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Peter Altmaier, Prof. Dr. Nico Dragano, Prof. Dr. Thomas Mann, Prof. Dr. Berthold Meyer, Fabian Schalt, Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski, Heinz Soth, Prof. Dr. Franz Walter, Prof. Dr. Norbert Walter, Ulrich Winz

Bildnachweis:

BMU, Oliver Bruemmer, S.-Fischer-Verlag, Fotolia, Roland Rochlitzer, Ulrich Winz

Titelfoto: Fotolia



ENERGIEPOLITIK

- ➔ **6 Generationenprojekt Energiewende**
Bundesumweltminister Peter Altmaier sieht im Projekt der Energiewende auch die Chance für einen neuen Pionier- und Gemeinschaftsgeist

ALTERSVERSORGUNG

- ➔ **8 Zukunfts- statt Auslaufmodell**
Die Senioren-Union unterstützt das Rentenmodell der katholischen Verbände
- ➔ **10 Altersvorsorge ab Geburt**
Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski skizziert den Vorschlag eines modernen Altersvorsorgekontos

POLITIK UND GESELLSCHAFT

- ➔ **11 „Alter“ ins Grundgesetz**
Prof. Dr. Thomas Mann beschreibt, warum das Grundgesetz um den Aspekt der Altersdiskriminierung erweitert werden sollte



- ➔ **13 Generationenausschüsse notwendig**
Die Senioren-Union fordert die verpflichtende Einführung von kommunalen Generationenausschüssen

- ➔ **14 Drei Fragen an Christine Lüders**
Souverän sprach mit der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes über Fragen der Altersdiskriminierung

- ➔ **15 Gesund bis zur Rente ...**
Prof. Dr. Nico Dragano beschäftigt sich mit der Frage, unter welchen Bedingungen Arbeit und Gesundheit im Alter zusammenpassen

- ➔ **18 Politisch neu zusammenpuzzeln?**
Wie steht es um den Konservatismus in der CDU? Ein Beitrag von Prof. Dr. Franz Walter

- ➔ **28 Vom Bohren besonders harter Bretter**
Immer neue Kriege und Konflikte – was leistet vor diesem Hintergrund eigentlich die Friedensforschung? Ein Beitrag von Prof. Dr. Berthold Meyer



- ➔ **30 Das Ehrenamt stärker anerkennen**
Ein Bericht vom Generationenkongress der Senioren-Union und Jungen Union Rheinland-Pfalz in Mendig

ESU

- ➔ **32 Nachrichten und Hintergründe aus der Europäischen Senioren-Union**

COMPUTER UND INTERNET

- ➔ **34 E-Mails – elektronische Post ... leicht gemacht**
Hilfe im Technikdschungel Teil 3

LESERBRIEFE

- ➔ **35 Aus der Leserpost**

Gesund und fit – auch im Alter

Weitere Themen:

- ▶ **Starker Rücken:** Wie Sie lange schmerzfrei und beweglich bleiben
- ▶ **Arzneimittel auf Rezept:** Was Sie unbedingt darüber wissen sollten
- ▶ **Gesunde Mittelmeer-Küche:** Genuss-Rezepte rund um die Aubergine
- ▶ **Auf Kreuzfahrt:** Wie Sie mit einer Checkliste Ihre Reise optimal vorbereiten
- ▶ **Schönes, graues Haar:** Experten geben Ihnen viele praktische Pflegetipps

Jeden Monat neu
in Ihrer Apotheke.



www.senioren-ratgeber.de

Generationenprojekt Energiewende:

Neuer Pionier- und Gemeinschaftsgeist

„Konservativ heißt, nicht nach hinten blicken, konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts marschieren.“ Dieser Satz von Franz Josef Strauß aus den 1970er Jahren stimmte damals, und er stimmt auch heute. Er bezeichnet das, was die Union immer ausgezeichnet hat: eine Partei des Fortschritts zu sein. CDU und CSU stehen dabei nicht für jede Form der Veränderung, nicht für einen unkritischen Fortschrittsbegriff, sondern für eine Fortentwicklung, die auf einer stabilen Basis steht, auf der Basis des christlichen Menschenbilds und seiner unverbrüchlichen Werte. Das bedeutet eben nicht Fortschritt um jeden Preis, sondern einen Fortschritt, der sich den Veränderungen stellt, aber einen klaren Kompass dafür hat, wie man mit den Herausforderungen der Zukunft umgeht. Die Kraft der Union lag und liegt seit jeher darin, politische Herausforderungen klar zu analysieren und dann zu durchdenken, tragfähigen und verantwortlichen strategischen Entscheidungen zu kommen. So haben wir die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft gelegt, so haben wir die Wiedervereinigung gestaltet, und so haben wir Deutschland zu einem wirtschaftlichen und politischen Fels in jener Brandung gemacht, die in diesen Tagen um den Euroraum tost.

Die Union war nicht die erste deutsche Partei, die von erneuerbaren Energien gesprochen und der Kernenergienutzung den Rücken gekehrt hat. Wir haben es uns bei der Kernenergie nicht leicht gemacht. Kein Wunder, denn es ging darum, Positionen aufzugeben, für die viele

von uns in der Vergangenheit lange gestritten hatten. Aber genau das zeigt die Stärke unserer Partei. Vor Jahrzehnten stand die Kernenergie für Fortschritt. Heute haben wir nach den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima gelernt, dass eine Technologie, die die Gesundheit und den Wohlstand der Menschen über Generationen elementar gefährden kann, kein Fortschrittsmodell mehr für das 21. Jahrhundert ist. Entscheidend ist: Anders als noch vor zehn Jahren haben wir heute echte technologische Alternativen zu den konventionellen Energieträgern. In nur zehn Jahren haben wir heute einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung erreicht, der fast dem Anteil der Kernenergie entspricht. Die erneuerbaren Energien haben darüber hinaus heute schon eine Leistungsfähigkeit erreicht, die jeden hart kalkulierenden Manager aufhorchen lässt. Das gilt für die Windkraft, und das gilt für die Solarenergie. An Pfingsten haben wir in Deutschland rund 22000 Megawatt Sonnenstrom erzeugt, so viel wie 20 Atomkraftwerke – ein neuer Rekord. Jeder Erfolg der Energiewende stärkt die deutsche Marktführerschaft in den Energie-, Umwelt- und Effizienztechnologien, die Leitmärkte der Zukunft sind. Schon heute werden hier weltweit etwa 2 Billionen Euro im Jahr erwirtschaftet. Auf kaum einem anderen Markt liegen die Wachstumserwartungen selbst nach konservativen Schätzungen bei 5 bis 6 Prozent pro Jahr! Doch das ist nur die eine Seite der Medaille: Durch die Energiewende werden wir auch unabhängiger von Energie-

exporten. Das stärkt uns strategisch, und das ersetzt Import durch heimische Wertschöpfung. Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien allein haben wir zuletzt 7 Milliarden Euro weniger für den Export von Öl und Gas ausgegeben – 7 Milliarden Euro, die im Inland investiert werden können.

Anders, als es der Eindruck in den Medien gelegentlich vermuten lässt, kommt die Energiewende gut voran: Innerhalb nur eines Jahres ist der Anteil erneuerbarer Energien von 17 auf 20 Prozent gestiegen. Die Zahl der Energiegenossenschaften hat sich verdoppelt. Die Bundesregierung



Der Autor: Peter Altmaier, Jurist, Jahrgang 1958, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist seit dem 22. Mai 2012 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Die Energiewende kann
gelingen, wenn einige
Stellschrauben nachjustiert
werden. Ein Beitrag von
Bundesumweltminister
Peter Altmaier.

hat die Weichen für den Netzausbau gestellt und das Erneuerbare-Energien-Gesetz reformiert – für mehr Markt, mehr Wettbewerb und mehr Kosteneffizienz. Doch natürlich wissen wir: Die Energiewende ist kein Selbstläufer. Damit sie ein Erfolg wird, müssen wir hart arbeiten. Kurzfristig bedeutet das für mich, dass wir dreierlei in den Mittelpunkt rücken müssen: Sicherheit, Bezahlbarkeit und Energieeffizienz.

Sicherheit heißt: Wir haben bisher viel zu häufig allein auf den schnellen und umfassenden Ausbau der erneuerbaren Energien geschaut. Künftig muss das System im Vordergrund stehen, damit die Versorgungssicherheit auf höchstem Niveau zu jeder Zeit sichergestellt ist. Dazu brauchen wir einen breiten nationalen Energiekonsens. Alle müssen an einem Strang ziehen. Konkret: Wir brauchen nicht 16 verschiedene Energiewenden, sondern eine koordinierte Gesamtstrategie. Das gilt insbesondere für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Abstimmung mit den Netzen. Nur wenn der Ausbau der Erzeugungskapazitäten und der Netzausbau zusammenpassen, können wir vermeiden, dass Windräder stillstehen, wir alle als Stromkunden aber dennoch dafür zahlen müssen. Wir arbeiten mit Hochdruck daran. Hierüber werde ich in den kommenden Wochen mit den Ministerpräsidenten aller Bundesländer sprechen.

Energie muss bezahlbar bleiben, für unsere Unternehmen genauso wie für alle Verbraucher, insbesondere für die sozial schwächeren. Sie darf kein Luxusgut für wenige werden. Darum gestalten wir das

Erneuerbare-Energien-Gesetz so, dass es ein Instrument zur Markteinführung neuer Technologien ist, kein Gesetz zu ihrer Dauersubvention. Wenn die Markteinführung gelungen ist, müssen sich die neuen Technologien im harten internationalen Wettbewerb behaupten. Deutlich sinkende Marktpreise für die neuen Technologien müssen sich dann auch in sinkenden Fördersatzten spiegeln, um eine Überförderung zu Lasten der Stromkunden zu vermeiden. Deshalb ist es richtig, die Förderung der Photovoltaik zu kürzen, wie das die Bundesregierung mit der jüngsten EEG-Novelle beschlossen hat. Bezahlbarkeit zu sichern heißt aber auch, vor allem den einkommensschwächeren Haushalten zu helfen: Mit den Stromsparchecks, die von meinem Haus gefördert werden, wollen wir diese Haushalte gezielt von Stromkosten entlasten. Im Durchschnitt erreichen wir mit der Beratung eine Kostenentlastung um 133 Euro pro Jahr. Wir wollen dieses sehr erfolgreiche Programm daher weiter ausbauen. Darüber hinaus ist Energieeffizienz ein entscheidender Schlüssel für den Erfolg der Energiewende. Entscheidend ist, dass wir neben dem Verkehr vor allem in unseren Gebäuden mehr Energieeffizienz erreichen, denn allein hier werden 40 Prozent unserer Energie verbraucht. Da ist jeder Einzelne gefragt. Vor allem die Eigentümer von Wohnungen und Häusern bitte ich um ihre Kooperation. Die Bundesregierung unterstützt Sanierungsmaßnahmen mit direkter Förderung und will auch eine steuerliche Förderung erreichen. Ich hoffe, dass die Länder die

Chance erkennen, die darin liegt, dass hier jeder Euro staatliche Förderung insgesamt 8 Euro Investitionen der Unternehmen auslöst. Es gibt nicht nur keinen besseren Motor für mehr Energieeffizienz, sondern vor allem auch kein besseres Konjunkturprogramm für den Mittelstand und das Handwerk.

Die Energiewende ist das größte Innovationsprojekt seit dem Zweiten Weltkrieg. Es liegt noch viel vor uns. Aber wie hat John F. Kennedy einmal gesagt: „Wir wollen zum Mond fliegen, nicht, weil es einfach, sondern weil es schwierig ist.“ Innerhalb weniger Jahre landete die erste bemannte Rakete dann tatsächlich auf dem Mond. Das gelang, weil ein großes gemeinsames Ziel half, alle Schwierigkeiten zu überwinden. Mit der Energiewende spüre ich auch heute einen neuen Pionier- und Gemeinschaftsgeist. Die ideologischen Gräben sind überwunden. Es sind gerade die Bürger, die Kommunen, es sind Genossenschaften und kleine und mittelständische Unternehmen, die in die Energiewende investieren. Das größte Innovationsprojekt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist ein Bürgerprojekt. Wir können, und wir werden das schaffen. Wir haben wie kaum ein anderes Land dafür die technologischen, logistischen und gesellschaftlich-politischen Voraussetzungen. Nutzen wir sie, um den Wohlstand unserer Kinder und Enkel zu sichern! Die Energiewende – das ist der Fortschritt von heute. Ich bin sicher: Wenn eine Partei in Deutschland hierfür die richtigen Weichen stellen kann, dann ist es die Union. <

Rente:

Zukunfts- statt Auslaufmodell

Die Rente zukunfts fest gestalten – Altersarmut vermeiden!
Die Senioren-Union unterstützt das Rentenmodell der katholischen Verbände.

82 Millionen Menschen leben heute in Deutschland, davon sind 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner. Während 1960 nur 12 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre und älter waren, sind es heute knapp 17 Millionen und damit 21 Prozent der Bevölkerung. Heute leben mehr Menschen über 65 Jahre als Unter-20-Jährige in Deutschland. Mit Blick auf das Jahr 2030 werden wir in Deutschland voraussichtlich noch 79 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner haben, 28 Prozent werden dann 65 Jahre oder älter sein.

Die Lebenserwartung hat in den letzten 50 Jahren um elf Jahre zugenommen, die durchschnittliche Rentenbezugszeit hat sich im gleichen Zeitraum von 10 auf 18 Jahre erhöht. Mit Blick in die Zukunft müssen immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer mehr Rentnerinnen und Rentner finanzieren. Ist das deutsche Rentenmodell also ein Auslaufmodell? Wie kann ein vernünftiger Lebensstandard für Rentnerinnen und Rentner in Zukunft nachhaltig gesichert werden?

Das Thema Rente ist ein Dauerthema und wird immer wieder kontrovers diskutiert, ob in Politik oder Wissenschaft. Kaum ist die Rente mit 67 eingeführt, wird schon darüber spekuliert, ob man das gesetzliche Renteneintrittsalter nicht auf 72 Jahre anheben sollte. Die Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa (OECD) hat jüngst darauf hingewiesen, dass in Deutschland trotz höherer

Renten die Gefahr von Altersarmut tendenziell wachsen wird. Die OECD begründet das mit der engen Bindung von Leistungen an Beiträge. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden hat vor wenigen Wochen verkündet, dass die Rente mit 67 wegen der steigenden Lebenserwartung bald keine Wirkung mehr haben wird.

Die Rente mit 67, Anfang 2012 in Deutschland eingeführt, wird erst im Jahr 2029 voll greifen. Aber löst sie dauerhaft das Problem der chronischen Unterfinanzierung? Ist sie das Rentenmodell der Zukunft?

Rente: Drei-Stufen-Modell der katholischen Verbände

Die Senioren-Union wirbt für ein anderes Rentenmodell, nämlich das der katholischen Verbände. Der Familienbund der Katholiken (FDK), die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB), die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), die Katholische Landvolkbewegung Deutschlands (KLB) und das Kolpingwerk Deutschland wollen mit ihrem Rentenmodell Altersarmut verhindern, die solidarische und gerechte Rente stärken, eine eigenständige Altersversorgung für Frauen und Männer garantieren und Familienarbeit besser anerkennen.

Was hat es mit dem Modell auf sich? Das Rentenmodell der katholischen Verbände ist ein Drei-Stufen-Modell: Stufe 1: So-



ckelrente, Stufe 2: Arbeitnehmer-Pflichtversicherung und Stufe 3: Betriebliche und private Altersvorsorge.

Stufe 1: Sockelrente

Die Sockelrente gewährleistet für alle Anspruchsberechtigten im Rentenalter eine Mindestsicherung, und zwar unabhängig von der individuellen Erwerbsbiographie. D.h., dass eine vorherige Berufstätigkeit und vorherige Beitragszahlungen nicht vorausgesetzt werden, um die Sockelrente zu erhalten.

Die Höhe der Sockelrente entspricht dem soziokulturellen Existenzminimum (ohne Kosten für das Wohnen), das die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Der Betrag wird wie in der gesetzlichen Rentenversicherung angepasst. Voraussetzung für den Anspruch auf die Sockelrente ist die unbeschränkte Steuerpflicht, d.h., der gewöhnliche Aufenthalt ist in der Bundesrepublik Deutschland. Versicherte erwerben jährlich einen anteiligen Anspruch auf die Sockelrente.

Finanziert wird die Sockelrente durch Beiträge auf die Summe der positiven Einkünfte bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Alle im Einkommensteuergesetz be-



nannten sieben Einkunftsarten werden in die Finanzierung einbezogen, also Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige Einkünfte. Verluste können nur innerhalb der jeweiligen Einkommensart geltend gemacht werden. Angerechnet werden Kinderfreibeträge in Höhe des steuerlichen Existenzminimums.

Durch die Einbeziehung aller Einwohnerinnen und Einwohner und aller Einkünfte in die soziale Sicherung stärkt die Sockelrente den sozialen Ausgleich und leistet einen wichtigen Beitrag für eine solidarische Gesellschaft.

Stufe 2: Arbeitnehmer-Pflichtversicherung

Die zweite Stufe des Rentenmodells, die Arbeitnehmer-Pflichtversicherung, ist beitragsorientiert, d.h., die Höhe und die Dauer der Beiträge entscheiden über die spätere Rentenhöhe. Die Beitragszeiten werden entsprechend dem System der gesetzlichen Rentenversicherung beibehalten. Dazu gehören Zeiten der Erwerbs-

tätigkeit, der häuslichen Pflege von Angehörigen, der Erziehung und Betreuung von Kindern, Zeiten der Arbeitslosigkeit und Ersatz- und Anrechnungszeiten. Die Absicherung des Risikos der Erwerbsminderung bzw. Erwerbsunfähigkeit sowie die Regelung der Hinterbliebenenversorgung bleiben bis zum Renteneintrittsalter erhalten.

Für Ehepaare sieht die Arbeitnehmer-Pflichtversicherung die Einführung eines generellen Ehegatten-Rentensplittings vor, d.h., die während der Ehe erworbenen Rentenanwartschaften werden zwischen den Partnern geteilt. Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten wird auf sechs Jahre verlängert.

Die Finanzierung der Arbeitnehmer-Pflichtversicherung erfolgt durch Beiträge vom Bruttolohn, die paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht werden. Durch die Einführung der Sockelrente sinken diese Beiträge im Vergleich zum geltenden Recht deutlich und entlasten den Faktor Arbeit. Die bisherigen Bundesmittel an die gesetzliche Rentenversicherung fließen in die Finanzierung des Rentenmodells ein und werden den Stufen 1 und 2 zugeordnet.

Wesentliche Prinzipien und Elemente der gesetzlichen Rentenversicherung werden beibehalten; die Leistungen beruhen auf Beitragszahlungen, deren Höhe und Dauer über die spätere Rentenhöhe entscheiden. Stufe 2 gemeinsam mit Stufe 1 garantiert, dass auch weiterhin die Ansprüche aus Erwerbs- und Familienarbeit ein möglichst gutes Leben im Alter sichern.

Stufe 3: Betriebliche und private Altersvorsorge

Die betriebliche und private Altersvorsorge sollen dem Rentenmodell nach die beiden vorhergehenden Stufen ergänzen, die Stufe 3 soll zum Regelfall der Altersvorsorge werden. Alle drei Stufen zusammen werden laut den katholischen Verbänden künftig sicherstellen, dass bei veränderten Erwerbsbiographien eine Lebensstandardsicherung im Alter gewährleistet ist.

Betriebliche Altersvorsorge

Durch den Aufbau der Sockelrente werden die Lohnnebenkosten deutlich gesenkt und die Arbeitgeber entlastet. Dadurch entsteht Spielraum für den Ausbau

der betrieblichen Altersvorsorge. Dabei ist sicherzustellen, dass Ansprüche aus der betrieblichen Vorsorge beitragsbezogen sind und bei einem Arbeitgeberwechsel nicht verloren gehen.

Private Altersvorsorge

Verbesserte Anreize für den Auf- bzw. Ausbau der ergänzenden privaten Vorsorge ermöglichen allen, mehr für die zusätzliche Sicherung des Lebensstandards im Alter zu tun. Deshalb müssen bestehende staatliche Vergünstigungen je nach der gewählten Art der Vorsorge weiterhin gewährt und ausgebaut werden.

Wissenschaftliche Studie mit positivem Ergebnis für das Rentenmodell

Im Hinblick auf die Fragen der langfristigen Finanzierbarkeit, des Versorgungsniveaus, der Verteilungswirkungen, der ökonomischen Rückwirkungen und der verfassungsrechtlichen Umsetzbarkeit des Rentenmodells wurde 2006/2007 eine Machbarkeitsstudie vom Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung und dem Münchener Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht durchgeführt.

Beide Institute kamen zu folgenden zentralen Ergebnissen:

Das Rentenmodell der katholischen Verbände ist finanzierbar. Die Einbeziehung aller positiven Einkünfte in die Finanzierung führt langfristig zu einem geringeren Beitragssatz und einem höheren Rentenniveau.

Mit Einführung der Sockelrente und der verstärkten Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenmodell wird Altersarmut, im Vergleich zum geltenden Recht, zukünftig besser verhindert.

Die Einführung der Sockelrente führt zu einem solidarischen Ausgleich durch Umverteilung von „oben nach unten“.

Mit Ausbau der Stufe 2 zu einer Erwerbstätigenversicherung lässt sich der demographische Wandel wesentlich besser und sozial gerechter bewältigen.

Mit Einführung des Rentenmodells gibt es einen großen Spielraum für einen gezielten Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge. Für die Umsetzung des Rentenmodells gibt es keine verfassungsrechtlichen Bedenken. ◀

Fabian Schalt

Rente:

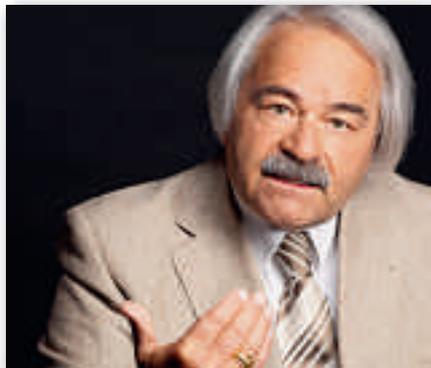
Altersvorsorge ab Geburt

Prof. Dr. Hans-Peter
Schwintowski von der
Humboldt-Universität in Berlin

skizziert für Souverän einen ungewöhnlichen Vorschlag,
nämlich ein Konzept für ein modernes Altersvorsorgekonto.



Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland werden immer älter. Gleichzeitig nimmt die Geburtenrate kontinuierlich ab. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird deshalb die gesetzliche Altersrente kontinuierlich sinken. Die meisten Menschen werden in Zukunft nur noch 43 % ihres früheren Nettoeinkommens bei Erreichen des Rentenalters beziehen. Dieser Betrag ist für eine auskömmliche Versorgung im Alter zu niedrig. Deshalb ist private Vorsorge verstärkt erforderlich. Um diese – trotz der Kostensteigerungen bei der Pflege und der Krankenversicherung – finanzieren zu können, gibt es ein Mittel, das bisher in der öffentlichen Diskussion vernachlässigt wird. Gemeint ist der „Zinseszins-Effekt“. Mit Hilfe des Zinseszins-Effektes könnte man – so belegt eine Studie, die an der Humboldt-Universität zu Berlin erarbeitet wurde – das Problem der Rentenlücke nicht nur schließen, sondern gleichzeitig auch noch den Staat ganz erheblich entlasten. Gelingen würde das, wenn man mit dem Ansparen für die ergänzende Altersrente nicht erst mit 35 oder 40 Jahren – wie heute üblich –, sondern sehr viel früher beginnen würde. Am allerbesten wäre es, wenn wir das Altersvorsorgekonto ab Geburt starten würden. Dann würde der Ansparvorgang nicht nur 20 oder 30 Jahre, sondern 65 bis 67 Jahre dauern, also mehr als verdoppelt sein. Bei derart langen Ansparvorgängen sorgt nun der Zinseszins-Effekt dafür, dass man am Ende eine auskömmliche Rente hat, dafür aber sehr wenig einzahlen musste. Beispielrechnungen belegen dies. Wenn man ei-



Der Autor: Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski, Jahrgang 1947, lehrt seit 1993 an der Humboldt-Universität zu Berlin, ist seit 1996 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bund der Versicherten und engagierte sich u.a. auch im Versicherungsbeirat der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

nem Neugeborenen etwa 5500 EUR bei der Geburt aufs Konto legt und das Geld dann bis zum Erreichen der Altersgrenze nicht mehr anfasst, so genügt das nun entstandene Kapital, um eine lebenslange Altersrente von 500 EUR/mtl. ausbezahlen. Stattdessen könnte man auch ab Geburt einen Betrag von ca. 15-20 EUR einzahlen und würde damit den gleichen Effekt erreichen. Möglich wird dies nur deshalb, weil die einmal eingezahlten Geldbeträge über sehr lange Laufzeiten Zinseszinsen abwerfen. Dabei wurde in der Studie der Humboldt-Universität zu Berlin sehr konservativ gerechnet, nämlich mit einem Durchschnittszinssatz von 2,5 %. Um die Geldentwertung zu berücksichtigen,

wurde außerdem eine Inflationsrate von 2 % jährlich miteinbezogen. Mit Erreichen des Rentenalters steht also eine monatliche Rente zur Verfügung, die der heutigen Kaufkraft von 500 EUR entspricht.

Würde sich die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland entschließen, die Idee der Altersvorsorge ab Geburt aufzugreifen, so könnten wir dies auf zwei Wegen tun: Entweder wir würden das System der gesetzlichen Rentenversicherung umbauen. In Zukunft würde dann jeder Bürger im Land bei Erreichen der Altersgrenze insgesamt 1000 EUR bekommen. 500 EUR davon wären – wie bisher – umlagefinanziert, und 500 EUR wären ab Geburt angespart. Wir könnten mit diesem System sofort beginnen, würden aber für einige eine Übergangszeit von ca. 40 Jahren einplanen. Am Ende der Übergangszeit hätte der Staat keinerlei Belastungen mehr aus dem bisherigen System der gesetzlichen Rentenversicherung. Er hätte 4,2 Billionen EUR gespart, während die Bürger gleichzeitig mehr im Portemonnaie hätten. Statt der heutigen 720,00 EUR/mtl. wären es 1000 EUR/mtl. Das ist kein Zauberkunststück, sondern das Ergebnis des Zinseszins-Effektes. Sollte sich der Staat zum grundlegenden Umbau des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung nicht durchringen können, so könnte er aber das System der privaten Altersvorsorge ab Geburt fördern. Man würde sämtliche Förderwege, die es heute gibt, z.B. die Riester-Förderung oder die Förderung im Rahmen der betrieblichen Alterssicherung, aufgeben und stattdessen die Alterssicherung ab Geburt fördern. Je früher die Menschen in das System einsteigen würden, desto höher wäre die Prämie. Der Bürger könnte sich auch selbst helfen und mit der privaten Altersvorsorge ab Geburt sofort beginnen. Ganz so einfach, wie es klingt, ist es nicht, denn für diesen Weg müsste es Versicherer geben, die Produkte dieser Art entwickeln und anbieten, und diese Produkte müssten sehr kostengünstig sein, damit das Geld beim Kunden bleibt und nicht in die Taschen der Vertriebe abwandert. Wir können das Altersvorsorgeproblem der Zukunft also lösen, wir müssten nur, wenn irgend möglich, ab Geburt damit beginnen. Von da an müssen wir nicht mehr selbst arbeiten – der Zinseszins-Effekt tut es für uns. <

Altersdiskriminierung:

„Alter“ ins Grundgesetz!

Die Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union am 3./4. September in Recklinghausen wird sich v.a. mit den Themen Altersdiskriminierung und Rente beschäftigen. Professor Thomas Mann von der Universität Göttingen hat sich bereits in einem Rechtsgutachten für die Senioren-Union mit der Frage der Altersdiskriminierung durch gesetzliche Höchstaltersgrenzen auseinandergesetzt. In *Souverän* beschreibt er, warum das Grundgesetz um diesen Aspekt ergänzt werden müsste.



Der Autor: Prof. Dr. Thomas Mann
ist Professor für Öffentliches Recht
an der Universität Göttingen.



WILLKOMMEN
Hartmut Perschau

Der ehemalige Wirtschafts-senator und Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, Hartmut Perschau, ist Mitglied der Senioren-Union der CDU, weil ...

„ich der Meinung bin, dass wir für die CDU eine starke Senioren-Union brauchen, die die Interessen der vielen Wähler, die älter als 60 Jahre sind, glaubwürdig vertritt. Die Senioren-Union steht für Lebenserfahrung, Solidarität und christlichen Gemeinsinn.“

Wenn Juristen von Altersdiskriminierung sprechen, so meint dies eine soziale und ökonomische Benachteiligung von Personen aufgrund ihres Lebensalters, wobei damit nicht nur eine Diskriminierung älterer Menschen gemeint ist, sondern eine Diskriminierung „wegen“ des Alters, also auch der umgekehrte Fall: die Diskriminierung junger Menschen.

Nun sollte man vermuten, angesichts des demographischen Wandels mit einer inversen Alterspyramide müssten vermehrt Fälle der Diskriminierung junger Menschen zu beobachten sein, doch das Gegenteil ist der Fall. Das Problemfeld der Diskriminierung der Älteren zeigt sich im Besonderen auf dem Arbeitsmarkt, wo sich, angefangen bei der Stellenausschreibung bis hin zur Kündigung, immer wieder offene oder versteckte Altersgrenzen finden. In diesen Kontext gehört auch die Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit berufsbeendender Altersgrenzen (sog. Zwangspensionierungen), die rund um das angeblich nach allgemeiner Lebenserfahrung nachlassende Leistungsvermögen von über Sechzigjährigen kontrovers diskutiert wird.

Auch der Abschluss von Kreditverträgen gestaltet sich schwierig, selbst wenn – wie nicht selten bei Älteren – ausreichend Sicherheiten zur Verfügung stehen. Ähnliche Schwierigkeiten werden über den Abschluss von Reiserücktrittsversiche-

rungen oder bei der Buchung von Mietwagen auf Urlaubsreisen berichtet.

Blickt man ins deutsche Grundgesetz, sucht man jedoch vergeblich nach einem ausdrücklichen Verbot der Altersdiskriminierung. Der einschlägige Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG enthält zwar einen Katalog von verbotenen Diskriminierungsmerkmalen (Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Glauben ...), doch wird das Kriterium „Alter“ dort nicht genannt. Versuche, diesen Katalog auf Differenzierungen, die an das Alter anknüpfen, auf dem Weg der Auslegung auszudehnen, sind nicht zugänglich, denn die Auflistung von Diskriminierungsgründen in Art. 3 Abs. 3 GG ist abschließend. Sie wird weder mit einem „Insbesondere“ eingeleitet, was Raum für weitere Differenzierungsverbote ließe, noch enthält sie eine Auffang Klausel („und ähnliche Gründe“).

Damit hinkt der deutsche Verfassungstext der weltweiten Entwicklung hinterher, die hinsichtlich des Schutzes des Alters längst aus dem Dornröschenschlaf erwacht ist: Völkerrechtliche Verträge proklamieren schon seit Jahrzehnten den Schutz des Alters. Zudem genießt das Verbot, Menschen allein aufgrund ihres Lebensalters zu benachteiligen, in vielen Staaten (z.B. Finnland, Schweiz, Kanada) bereits Verfassungsrang. Vor allem aber das Europarecht drängt massiv auf einen stärkeren Schutz der Rechte Älterer (etwa in Art. 19 AEUV und Art 21 und 25 EU-

Grundrechte-Charta). Ihren deutlichsten Ausdruck fand der im Europarecht wurzelnde Schutz vor Ungleichbehandlungen aufgrund des Alters im sog. Mangold-Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 22.11.2005, in welchem das Gericht das Verbot der Altersdiskriminierung erstmals als allgemeinen Rechtsgrundsatz des Gemeinschaftsrechts angesehen hat. Verglichen damit bleibt der deutsche Verfassungsstandard deutlich hinter dem europäischen Schutz vor Altersdiskriminierungen zurück. Über die Gründe für diese Auslassung kann man trefflich spekulieren: War den Verfassungsvätern das Problem nicht bewusst, weil viele von ihnen bereits selbst dem Kreis der Älteren zugehörten und sie dennoch unangefochten in voller Verantwortung standen? Glaubte man, weil die statistische Lebenserwartung noch deutlich niedriger lag als heute (die statistische Lebenserwartung eines Mannes lag 1950 bei 65,2 Jahren), wenige Einzelfälle vernachlässigen zu können? Fakt ist jedenfalls, dass der Parlamentarische Rat eine Benachteiligung wegen des Alters nicht in den Rang eines speziellen Diskriminierungsverbotes gehoben hat und auch der verfassungsändernde Gesetzgeber bislang noch keinen Anlass sah, den Katalog in Art. 3 Abs. 3 GG um diesen Aspekt zu ergänzen.

Über diesen Negativbefund hinaus besteht aber auch inzwischen ein gewisser Wertungswiderspruch zu Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG, welcher seit 1994 bestimmt, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Warum Personen, die dauerhafte Funktionsbeeinträchtigungen wegen einer Behinderung haben, auf keinen Fall benachteiligt werden dürfen, hingegen Personen mit dauerhafter altersbedingter Funktionsbeeinträchtigung gar keinen ausdrücklichen Diskriminierungsschutz genießen, wird schwer verständlich, wenn man berücksichtigt, dass die Zuordnung zu der einen oder anderen Kategorie oftmals nur von einer feinsinnigen definitorischen Abgrenzung abhängig ist. Einerseits werden in Ansehung des Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG Funktionsbeeinträchtigungen als Grund für die Statuierung eines umfassenden

Benachteiligungsverbotes auserkoren, andererseits werden sie gerade umgekehrt als Gründe zur Rechtfertigung gesetzlicher Altersgrenzen ins Feld geführt. Immerhin: Auch wenn es in der deutschen Verfassung kein ausdrückliches Verbot der Altersdiskriminierung gibt, schreibt zumindest der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG in genereller Form die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz als Grundrecht fest. Hierüber ist grundsätzlich auch eine Ungleichbehandlung wegen des Alters geschützt. Zu beachten ist jedoch, dass die Rechtfertigung einer solchen Ungleichbehandlung nach Art. 3 Abs. 1 GG bereits dann gelingt, wenn ein vernünftiger sachlicher Grund für die Ungleichbehandlung vorliegt (oder nach der „neuen Formel“ eine Abwägung im Sinne einer Verhältnismäßigkeitsprüfung eine Ungleichbehandlung rechtfertigt). Bei den Diskriminierungsverboten des Art. 3 Abs. 3 GG hingegen kann eine Ungleichbehandlung nur aufgrund anderer Verfassungsprinzipien gerechtfertigt werden (sog. kollidierendes Verfassungsrecht). Der Schutz über Art. 3 Abs. 1 GG ist also deutlich schwächer. Flankierend dazu gibt es aber auch noch einfachgesetzliche Normen, die eine Altersdiskriminierung zu unterbinden

versuchen; hierzu zählt seit 2006 vor allem das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das jedoch insbesondere das Thema der „Entberuflichung im Alter“ nicht umgreift.

Das von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes für 2012 ausgerufene „Jahr gegen Altersdiskriminierung“ sollte uns daher Anlass zum Nachdenken darüber geben, ob es nicht endlich geboten ist, das „Alter“ in die Liste der Differenzierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 GG aufzunehmen. Damit könnte man nicht nur dem gleichheits- und freiheitsrechtlichen Schutz des Alters gerecht werden und altersbedingte Benachteiligungen stärker vermeiden, sondern es könnte vor allem der deutsche Verfassungstext dem europäischen Standard angepasst werden. Ein Schritt, der längst überfällig ist. <



Generationenausschüsse: Senioren-Union fordert verpflichtende Einführung

Bereits 2008 hat die Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen einen Beschluss gefasst, der die Einführung von Generationenausschüssen auf kommunaler Ebene fordert. Der Beschluss war an die CDU-Landtagsfraktion und die ehemalige CDU-geführte Landesregierung gerichtet, verbunden mit der Bitte, Maßnahmen zu ergreifen, um Anreize zu schaffen, damit möglichst viele Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen anstelle von Jugend- und Seniorenbeiräten Generationenausschüsse vor Ort einführen. Leider hat es die Politik bislang versäumt, unseren Beschluss aufzugreifen. Aus Sicht der Senioren-Union werden im Zeitalter des demographischen Wandels Jugend- und Seniorenbeiräte als alleinige Beratungsgremien auf kommunaler Ebene für die jüngere und die ältere Generation dem Stellenwert von Jugendlichen und Senioren nicht mehr gerecht.

Was wir in den Kommunen dringend brauchen, ist eine besser miteinander verzahnte generationenübergreifende Politik, die Jung und Alt wirklich mitentscheiden und nicht nur mitberaten lassen.



Das Argument, das sei nicht notwendig, weil Vertreter der jüngeren und älteren Generation in den verschiedenen Ausschüssen vor Ort vertreten seien und dort ja ihre generationenspezifischen Ansichten und Interessen einbringen könnten, ist ein Scheinargument. Es geht darum, ein sichtbares Zeichen zu setzen, dass der demographische Wandel und das generationenübergreifende Miteinander zentrale politische Zukunftsfelder sind, die nicht mal so nebenbei und punktuell in anderen Ausschüssen mitbehandelt werden können.

Man kann die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zwar nicht dazu zwingen, Generationenausschüsse einzusetzen, weil die Gemeindeordnung es nicht vorschreibt. Vorgeschrieben ist nämlich, dass drei Ausschüsse in jeder Gemeinde eingerichtet werden müssen: Haupt-, Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss. Alle anderen Ausschüsse können frei gebildet werden. Aber aus Sicht der Senioren-Union ist es notwendig und an der Zeit, dass die Gemeinden flächendeckend Generationenausschüsse einführen. Denn so selbstverständlich und richtig es ist, Schul- oder Bildungsausschüsse bzw. Bau- und Verkehrsausschüsse vor Ort einzurichten, so selbstverständlich müsste es werden, einen Ausschuss speziell auf das Thema „Generationen“ auszurichten oder zumindest das Thema „Generationen“ namentlich in den Ausschusstiteln zu verankern.

Es gibt Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, die Generationenausschüsse eingerichtet haben. Die Gemeinde Uedem (Kreis Kleve) hat beispielsweise einen Ausschuss für Schule, Generationen und Soziales. In Haltern am See (Kreis Recklinghausen) gibt es ebenso wie in der Stadt Euskirchen (Kreis Euskirchen) einen Ausschuss für Generationen und Soziales. In Meschede (Hochsauerland-

kreis) wurde ein Ausschuss mit den Themengebieten Generationen, Kultur und Soziales betraut, in Gescher (Kreis Borken) ein Ausschuss für Generationen, Familie, Bildung, Kultur und Sport eingerichtet. Und die Stadt Schwerte (Kreis Unna) hatte in der Legislaturperiode 2009 bis 2014 einen Ausschuss namens Soziales, Demographie und Generationen, der von den Themen her aus Sicht der Senioren-Union durchaus richtungweisend sein könnte.

Diese Beispiele machen zwar Mut, aber es sind noch viel zu wenige. Es sollte aber nicht länger dem Zufall überlassen bleiben, ob Kommunen einen Generationenausschuss einsetzen oder nicht.

Vor diesem Hintergrund spricht sich die Senioren-Union NRW für eine dahin gehende Änderung der Gemeindeordnung (§ 57) des Landes Nordrhein-Westfalen aus, Generationenausschüsse zu einem Pflichtausschuss für die Städte und Gemeinden zu machen. Dafür ist eine politische Mehrheit im nordrhein-westfälischen Landtag notwendig, die derzeit zwar unwahrscheinlich ist, aber dicke Bretter zu bohren gehört zur Politik dazu. Wir als seniorenpolitische Vereinigung werden in dieser Angelegenheit den Dialog mit der CDU auf Landesebene suchen und um Unterstützung für unsere Forderung bitten.

Die ehemalige CDU-geführte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen unter Jürgen Rüttgers hatte seinerzeit – von 2005 bis 2010 – ein Ministerium eingerichtet, das Maßstäbe in Deutschland gesetzt hat: ein Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Und was für das Land gut ist, nämlich die Generationen stärker in den politischen Fokus zu rücken, könnte auch auf kommunaler Ebene richtungweisend sein. <

Fabian Schalt

Altersdiskriminierung: Drei Fragen an Christine Lüders

Souverän sprach mit Christine Lüders,
Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.



Souverän: Im April hat der Bundesgerichtshof einem ehemaligen Krankenhaus-Geschäftsführer Schadenersatz und Entschädigung zugesprochen, weil er im Jahr 2009 wegen seines Alters (62) diskriminiert worden sei. Statt der Verlängerung eines Fünfjahresvertrages war ein damals 41-Jähriger als Nachfolger eingestellt worden. Ein Einzelfall, oder werden Ihnen häufig solche Vorgänge gemeldet?

Lüders: Das ist überhaupt kein Einzelfall. Jede fünfte Beratungsanfrage bei der Antidiskriminierungsstelle betrifft das Alter. Oft geht es dabei um Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt. Da wird etwa ein Vertrag nicht verlängert, da werden ältere Menschen gar nicht zum Bewerbungsgespräch eingeladen oder in einer Stellenausschreibung nach einem „jungen, dynamischen Team“ gesucht. Für die Betroffenen ist der Richterspruch aus Karlsruhe deshalb ein sehr wichtiges Signal: Hat der BGH doch damit ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass Altersdiskriminierung nicht nur verboten ist, son-

dern für Arbeitgeber auch teuer sein kann. In dem vorliegenden Fall musste die Klinik ihrem ehemaligen Geschäftsführer immerhin 36000 Euro Entschädigung zahlen.

Professor Thomas Mann von der Uni Göttingen wertet die Altersdiskriminierung als „die verdrängte Benachteiligung“. Sehen Sie das auch so?

Ja, leider. Dass es Altersdiskriminierung gibt und sie gesetzlich verboten ist, wissen zu viele Menschen noch nicht. In einer Umfrage haben wir herausgefunden, dass über 20 Prozent aller Befragten schon einmal Altersdiskriminierung erlebt haben. Jeder dritte Bundesbürger weiß aber nicht, dass sie verboten ist. Auch nicht, dass junge Menschen von Altersdiskriminierung betroffen sein können, wie etwa das Urlaubs-Urteil des Bundesarbeitsgerichts kürzlich erst gezeigt hat. Man kann jüngeren Arbeitnehmern nicht einfach weniger Urlaubstage geben als Älteren. Um hier mehr gesellschaftliche Sensibilität zu schaffen, ha-

ben wir das Jahr 2012 unter dem Motto „Im Besten Alter. Immer“ zum Jahr gegen Altersdiskriminierung erklärt. Dazu haben wir eine Kommission eingesetzt, die bis Ende des Jahres konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik abgeben soll, um Altersdiskriminierung einzudämmen. Botschafter wie Uschi Glas, Maren Kroymanns und Peter Maffay haben uns bei mehreren Aktionen unterstützt. Außerdem werden wir im Herbst gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den BDA einen Good-Practice-Preis für vorbildliches unternehmerisches Engagement gegen Altersdiskriminierung vergeben.

Was erwarten Sie von den Unternehmen?

Seit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vor sechs Jahren hat sich eine Menge getan, etwa mit der Einführung betrieblicher Beschwerdestellen. Auch offenkundig diskriminierende Stellenanzeigen sind seltener geworden. Überhaupt sind offene Diskriminierungen am Arbeitsplatz die Ausnahme, nicht die Regel. Bei vielen Firmen setzt sich mittlerweile die Erkenntnis durch, dass altersgemischte Teams erfolgreicher arbeiten. Das zeigen auch aktuelle Studien. In der Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren sehe ich ebenfalls ein gutes Mittel gegen Altersdiskriminierung. Wenn Sie Ihr Alter nicht mehr angeben müssen, werden Sie nicht mehr so schnell wegsortiert. Die Qualifikation steht dann mehr im Vordergrund.

Die Senioren-Union fordert eine Ergänzung des Artikels 3, Abs. 3 Grundgesetz um ein Verbot der Altersdiskriminierung. Ist eine solche Ergänzung auch aus Ihrer Sicht sinnvoll bzw. notwendig?

Auf jeden Fall. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben bei der Formulierung des Artikels an Altersdiskriminierung schlicht nicht gedacht – so kurz nach dem Krieg hatte das noch niemand auf dem Schirm. Doch wir leben nun einmal in einer sich demographisch wandelnden Gesellschaft, außerdem ist das Alter im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und im EU-Recht ausdrücklich als Diskriminierungsmerkmal genannt. Wieso es noch nicht im Grundgesetz aufgelistet wird, das versteht kein Mensch. <

Arbeitsbedingungen und Krankheit: Gesund bis zur Rente ...



Der Autor: Professor Nico Dragano
lehrt am Institut für Medizinische
Soziologie der Heinrich-Heine-
Universität Düsseldorf.

Immer mehr Arbeitnehmer in Deutschland sind jenseits der 50. Dieser Trend beschäftigt auch die Gesundheitswissenschaftler, die sich fragen, unter welchen Bedingungen Arbeit und Gesundheit im Alter zusammenpassen.

Als Konrad Adenauer im September 1949 seinen neuen Arbeitsplatz im Kanzleramt antrat, war er bereits 73 Jahre alt. Nun wäre es dennoch falsch zu schlussfolgern, dass jeder und jede Einzelne ohne weiteres in der Lage wären, dem Beispiel Adenauers zu folgen. Tatsächlich scheiden viele Beschäftigte noch vor Erreichen des Rentenalters aus dem Erwerbsleben aus. Für diese vorzeitigen Berentungen gibt es unterschiedliche Gründe, der Faktor, um den es hier zuvorderst gehen soll, ist der Gesundheitszustand.

Die Gesundheit entscheidet in besonderem Maße über die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit älterer Menschen. Diese enge Verbindung macht die Gesundheit zu einer wichtigen Größe, wenn es darum geht, den Veränderungen zu begegnen, die durch den demographischen Wandel auf die Arbeitswelt zukommen. Wobei der Wandel dort längst Realität ist. Im Jahr 2011 arbeiteten in Deutschland bereits ca. elf Millionen Menschen, die 50 Jahre und älter waren (Quelle: Eurostat).

Betrachtet man die Gesundheit älterer Erwerbstätiger genauer, so gibt es wichtige Unterschiede im Vergleich zu den jüngeren Kolleginnen und Kollegen. Als Einstiegspunkt können Daten zur Arbeitsunfähigkeit (Krankmeldung) in verschiedenen Altersgruppen dienen. Hier zeigt sich zunächst ein überraschendes Bild. Wird die Zahl der einzelnen Krankmeldungen genommen, so melden sich Ältere sogar seltener krank als Jüngere. Erst wenn auch die Dauer der Krankmeldung berücksichtigt wird, ändert sich die Situation, denn bei der Summe der Fehlzeiten liegen Ältere vorn. Laut dem „Fehlzeitenreport“, der auf Versichertendaten der AOK basiert, waren im Jahr 2010 Versicherte im Alter zwischen 50 und 64 Jahren im Durchschnitt ca. 16 bis 22 Tage

pro Jahr arbeitsunfähig, während 20- bis 35-Jährige im Schnitt ca. sechs bis acht Tage fehlten.

Das bedeutet, dass Ältere sich zwar seltener krankmelden, dass aber ihre Erkrankungen schwerwiegender zu sein scheinen. Betrachtet man die Diagnosen, die das Krankheitsgeschehen in höheren Jahren prägen, so sind es dann auch vor allem die chronischen Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Muskel-Skelett-Beschwerden, die ins Gewicht fallen. Zu einem gewissen Teil kann diese Beobachtung mit dem natürlichen Alterungsprozess erklärt werden. In der Regel verläuft der aber langsam und hat bei vielen Menschen unter 70 nur geringe körperliche und geistige Konsequenzen.

Weitere Erklärungen sind also nötig, und sie sind in der Art und Weise zu finden, wie insbesondere chronische Erkrankungen entstehen. Deren Ausmaß und die Geschwindigkeit der Veränderungen werden wesentlich durch die Einwirkung von sogenannten Risikofaktoren bestimmt. Das sind Einflüsse, die eine Erkrankung befördern, beispielsweise das Rauchen, aber auch arbeitsbezogene Faktoren wie Stress. Je länger Risikofaktoren wirken können, desto eher entsteht auch eine Krankheit, was dann dazu führt, dass diese bei älteren Erwerbstätigen häufiger werden. Aus diesem Wissen ergeben sich verschiedene Ansätze für eine gezielte Förderung der Gesundheit. Da hier die Gesundheit Erwerbstätiger im Fokus steht, ist es naheliegend, die Arbeit selbst als mögliche Quelle von Risiken in den Blick zu nehmen.

Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass ungünstige Arbeitsbedingungen sowohl mit Fehlzeiten als auch mit der Frühberentung älterer Beschäftigter in Beziehung stehen. Das sind körperliche Belastungen (z.B. Lärm, schwere körperliche Arbeit, Unfallge-

fahren) ebenso wie psychische Belastungen. Insbesondere deren Bedeutung hat in letzter Zeit zugenommen. Viele Beschäftigte erleben an ihrem Arbeitsplatz Stress, Konflikte mit Vorgesetzten oder Kollegen sowie fehlende Anerkennung. Auf Dauer erhöhen solche Erfahrungen das Risiko, zu erkranken. So konnten Forschungen unserer Arbeitsgruppe zeigen, dass ältere Beschäftigte, die über Jahre in Berufen mit hohem Stressniveau arbeiteten, häufiger als andere die Erwerbsminderungsrente in Anspruch nahmen.

Für viele der genannten Belastungen sind mittlerweile Präventionsmöglichkeiten bekannt. Sie können einerseits bei den Erwerbstätigen selbst ansetzen, beispielsweise in Form von Schulungen in Stressbewältigung oder von Sportangeboten. Andererseits kann im Sinne eines Gesundheitsmanagements die Arbeitsorganisation gesundheitsförderlich gestaltet werden, etwa indem Unfallgefahren oder Quellen für psychische Belastungen beseitigt werden.

Aber selbst wenn die Prävention konsequent betrieben wird, wird es nicht gelingen, alle Belastungen zu beseitigen. Deswegen muss zusätzlich an Konzepten gearbeitet werden, die eine bessere Verteilung von Arbeitsbelastungen über die Lebenszeit zum Ziel haben, z.B. indem zwischen verschiedenen Tätigkeiten gewechselt wird. Als letzter Baustein ist es nötig, sich besser als bisher auf chronisch erkrankte Beschäftigte einzustellen. Denn natürlich wird auch in Zukunft nicht jeder Krankheitsfall zu vermeiden sein. <

Neuaufgabe
wegen des
großen Erfolges!

Reisetermin:

14.11. - 21.11.2012
13.02. - 20.02.2013

Verlängerungswoche bei beiden
Terminen möglich

Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland[†] / Malta / Deutschland mit der Air Malta in der Economy-Class
 - Flughafensicherheitsgebühren, Luftverkehrsabgabe und Kerosinzuschläge von z.Zt. EUR 40,- bis EUR 57,- je nach Abflughafen (Stand 08/12; evtl. Erhöhungen werden nachberechnet)
 - Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
 - 7 Übernachtungen im San Antonio Hotel & Spa im Doppelzimmer mit Bad/Dusche und WC
 - Halbpension
 - Besichtigungen lt. Programm (2 Ganz- und 2 Halbtagesausflüge)
 - Eintrittsgelder zum Programm
 - Besuch des Konzertes in der St. John's Co-Cathedral inkl. Transfers
 - Deutschsprachige Reisebetreuung vor Ort
 - Umfangreiches Informationsbuch zur Reise
- * Flüge
Flüge möglich ab/bis: Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München

Reisepreis:

EUR **799,-**

Preis pro Person im Doppelzimmer*
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 126,-
Aufpreis für Zimmer mit garantiertem
Meerblick: EUR 35,- p.P. / Woche
Verlängerungswoche inklusive Halbpension
p.P. im Doppelzimmer*:
EUR 210,-

* bei Zweierbelegung

Wir empfehlen den Abschluss einer
Reiserücktrittskosten-Versicherung
zum Preis von EUR 32,- p.P. für die
erste Woche bzw. EUR 39,- inklusive
Verlängerungswoche.

Auskunft und Buchung:

MALTA



Wenn bei uns Winter ist, erwartet Sie die kleine Mittelmeerinsel mit mildem Klima und viel Sehenswertem. Besonders beeindruckend sind die imposanten Bauwerke aus der Ära der Kreuzritter. Mächtige Wehranlagen, prächtige Paläste und zahlreiche Gotteshäuser sind die steinernen Zeugen aus jener Blütezeit.

Auch die Hauptkirche Maltas, die St. John's Co-Cathedral, zählt dazu. Sie verwandelt sich an einem Abend Ihrer Reise für Sie zum exklusiven Konzertsaal. Chor und Orchester mit maltesischen Künstlern bieten Ihnen ausgewählte Werke herausragender Komponisten dar. Es erklingen u.a. Auszüge aus dem Oratorium „Die Schöpfung“ (Joseph Haydn) und des Sakralwerkes „Stabat Mater“ (Gioachino Rossini) sowie das „Dies Irae“ aus dem „Requiem“ von Giuseppe Verdi.

Den Rahmen für entspannte Stunden bietet ein schönes Hotel direkt am Meer. Wer die Annehmlichkeiten des 4-Sterne-Hauses und das milde Klima länger genießen möchte, bucht einfach die Verlängerungswoche.



Beachten Sie bitte: Für die Einreise benötigen deutsche Staatsangehörige nur ihren gültigen Personalausweis oder Reisepass. • Die Mindestteilnehmerzahl, die bis 6 Wochen vor Reisebeginn erreicht sein muss, beträgt 25 Personen je Termin. • Die Senioren-Union und Souverän treten nur als Vermittler auf. Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH.

... mit exklusivem Konzert
in imposanter Kulisse.

 **Besichtigungen:**
Erlebnisreiches
Ausflugsprogramm
im Preis enthalten

 **Kultur:**
Exklusives Konzert in
einmaliger Kulisse

 **Erholen:**
Mildes Klima und
schönes 4-Sterne-Hotel



San Antonio Hotel & Spa****

Lage: Das 4-Sterne-Hotel liegt an der Saint Paul's Bay und ist nur durch die Uferstraße vom Felsstrand des Meeres getrennt. In unmittelbarer Umgebung gibt es Unterhaltungsmöglichkeiten, Geschäfte, Restaurants und Bars sowie eine Busstation.

Ausstattung: Großzügig gestaltete Eingangshalle mit Rezeption und Sitzcken, Lift, Hauptrestaurant und Bistro/Café, Bar, Süßwasser-Außen-Swimmingpool mit Sonnenterrasse, separates Kinderbecken, Spielplatz, Innen-Pool mit Jacuzzi, Fitness-Center mit Sauna (tlw. gegen Gebühr).

Zimmer: Auf 5 Etagen befinden sich 291 Zimmer (einschl. 10 Suiten), die alle geräumig und komfortabel eingerichtet sind. Sie sind mit Bad/Dusche, WC, Klimaanlage, Radio, Direktwahl-Telefon, Satelliten-TV, Haarföhn, Kühlschrank und Balkon oder Terrasse ausgestattet. Zimmer mit garantiertem Meerblick sind gegen Aufpreis buchbar.

Essen: Frühstück und Abendessen in Buffetform.



Ausflüge und
exklusives Konzert
im Preis enthalten!

Der Reiseverlauf:

1. Tag: Flug vom gewählten Flughafen in Deutschland nach Malta, wo Sie bereits von der örtlichen Reiseleitung erwartet werden. Sie begleitet Sie in den Norden der Insel zum Check-In im San Antonio Hotel & Spa.

2. bis 7. Tag: Im Reisepreis sind 2 ganz- und 2 halbtägige Ausflüge enthalten. Die restliche Zeit steht Ihnen zur Erholung oder für eigene Unternehmungen zur freien Verfügung. Das exklusive Konzert mit Werken von Joseph Haydn, Gioachino Rossini und Giuseppe Verdi findet während Ihres Aufenthaltes an einem Abend in der prachtvollen St. John's Co-Cathedral in Valletta statt.

8. Tag: Bustransfer zum Flughafen und Rückflug zum Ausgangsflughafen Ihrer Reise oder Beginn der Verlängerungswoche.

Ausflüge und Besichtigungen:

1/2 Tag: Halbtagesausflug in die Hauptstadt **Valletta**. Bei einem Rundgang zu Fuß durch die historische Stadt erleben Sie Geschichte auf Schritt und Tritt. Von den Upper Baracca Gardens haben Sie zunächst einen herrlichen Blick auf den Grand Harbour und die Befestigungsanlagen. Ihr Weg führt Sie weiter zur Kathedrale des Hl. Johannes und über die Republic Street zum Großmeisterpalast mit dem alten Parlamentssaal und den darin befindlichen herrlichen Gobelins.

Im Palast residieren heute der Staatspräsident und das maltesische Parlament.

1/1 Tag: Bei Ihrem heutigen Ganztagesausflug erhalten Sie zunächst einen Einblick in die frühe Kulturgeschichte Maltas. In der „Höhle der Finsternis“, **Ghar Dalam**, wurden zahlreiche fossile Überreste verschiedener Tierarten gefunden, die bis vor etwa 10.000 Jahren noch auf Malta lebten. Anschließend besuchen Sie mit **Hagar Qim** eine Anlage aus der bedeutenden Epoche der Tempelbauer, 2800 bis 2100 v.Chr. Weiter geht es zum idyllischen Fischerdorf **Marsaxlokk**. Der Heimathafen der maltesischen Fischer erhält durch die bunt bemalten Boote im Hafen ein malerisches Aussehen. Am Nachmittag besuchen Sie die unbekannteren „3 Städte“ **Vittoriosa, Senglea und Cospicua**. Sie gelten als die Wiege der maltesischen Geschichte, denn hier waren die ersten Befestigungsanlagen auf Malta zu finden. Vittoriosa, die „Siegreiche“, mit dem Fort St. Angelo diente den Rittern bei der Verteidigung gegen die Türken als wichtiger Stützpunkt.

1/1 Tag: Ganztagesausflug, der Sie zunächst in die ehemalige Hauptstadt, **Mdina**, führt. Die 4.000 Jahre alte „Stille Stadt“ wurde einst auf dem höchsten Punkt der Insel errichtet. Der nächste Stopp ist an den **Dingli Klippen** vorgesehen. Hier stür-

zen die kalkweißen Felsen fast 200 Meter senkrecht ins Meer. Bei einem Besuch im Kunsthandwerkerdorf **Ta'Qali** haben Sie danach Gelegenheit, maltesischen Künstlern beim Arbeiten über die Schulter zu sehen. Im benachbarten Attard laden wir Sie ein zu einem Rundgang durch die **St. Anton's Gardens**. In diesem botanischen Garten befindet sich auch der Palast des maltesischen Staatspräsidenten. Letzter Besichtigungspunkt des heutigen Tages ist **Mosta**. Hauptattraktion dieses Ortes ist die Kirche, deren Kuppel mit 54 Metern Durchmesser die viertgrößte Europas ist.

1/2 Tag: Halbtägige **Hafenrundfahrt** durch den Grand Harbour, bei der Sie u.a. die beeindruckenden Befestigungsanlagen der Forts St. Elmo und St. Angelo sowie die bedeutende Schiffsverwerft des größten Naturhafens Europas bestaunen können.

Folgender Ausflug kann nur auf Malta gegen Aufpreis zusätzlich gebucht werden:

1/1 Tag: Ganztagesausflug zur Schwesterinsel Maltas, **Gozo**. Nach Anlegen der Fähre beginnt Ihre Rundfahrt, die Sie zunächst zu den Megalith-Tempeln von Ggantija führt. Sie gelten als die älteste und größte Anlage auf den maltesischen Inseln. Anschließend besuchen Sie das imposante „Azur Window“. Dieser Felssims ruht auf einem riesigen,

ca. 40 Meter hohen Felspfeiler und ragt majestätisch ins Meer hinein. So rahmt er das azurblaue Meer malerisch ein. Danach besuchen Sie die Inselhauptstadt Victoria mit der mächtigen Zitadelle. Bevor Sie zurück nach Malta fahren, machen Sie noch einen Abstecher zur kleinen Bucht von Xlendi, wo die Fischer Gozos ihre bunt bemalten Boote vor Anker legen.

Das exklusive Konzert:

Mit dem Konzert für geladene Terramundi-Gäste in der prächtigen St. John's Co-Cathedral werden drei Ausnahme-Komponisten geehrt. Franz Joseph Haydn war ein führender Vertreter der Wiener Klassik. Zu seinen herausragenden Werken zählt das Oratorium „Die Schöpfung“, aus dem Sie Auszüge hören werden. Der italienische Komponist Gioachino Rossini gilt als einer der bedeutendsten Opernkomponisten. Aus seiner Feder stammt u.a. die Oper „Der Barbier von Sevilla“. Am Konzertabend bieten Ihnen Orchester, Chor und Solisten seine Vertonung des mittelalterlichen Gedichtes „Stabat Mater“ dar. Vom dritten Künstler – Giuseppe Verdi – werden Sie schließlich das „Dies Irae“ aus dem weltberühmten „Requiem“ hören. Es ist eines der letzten großen Werke aus der Schaffenszeit des wohl bekanntesten italienischen Komponisten.

REISEANMELDUNG

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

TERRAMUNDI GmbH
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefax: 0 23 69/9 19 62-33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de



JA, ich möchte mit unten aufgeführten Teilnehmern an der Reise nach **MALTA** teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an u.a. Adresse.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 = Rechnungsanschrift)	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon mit Vorwahl	E-Mail
Name, Vorname (Teilnehmer/in 2)	Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH.
Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Ort, Datum, Unterschrift

Reiseziel: MALTA
Termin: 14.11. - 21.11.2012
 13.02. - 20.02.2013
Preise: EUR 799,- p.P. im DZ*
Einzelzimmer-Zuschlag EUR 126,-
garant. Meerblick EUR 35,-
Verlängerungswoche inkl. HP im DZ* EUR 210,-

Gewünschte Flüge ab/bis:**

**nach Verfügbarkeit

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: **DZ*** = Doppelzimmer
EZ = Einzelzimmer • **MB** = Zimmer mit Meerblick • **VL** = Verlängerungswoche • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teiln. 1 DZ EZ MB VL RV
Teiln. 2 DZ EZ MB VL RV
(* bei Zweierbelegung)



Konservatismus in der CDU:

Politisch neu zusammenpuzzeln ...?

Gibt es keine Chance mehr für den Konservatismus? Ziehen sich seine letzten Anhänger enttäuscht aus der liberalisierten CDU zurück?

Unzweifelhaft ist, dass die klassischen Konservativen in der Union mit der normativen Nonchalance der Bundeskanzlerin kräftig hadern. Sie erkennen das feste Wertefundament ihrer Partei nicht mehr. Schon der große Konrad Adenauer hatte sich zum Ende seines Lebens vor einer solchen Erosion des christdemokratischen Sinns gefürchtet: „Entweder wir sind eine weltanschaulich fundierte Partei“, mahnte er die Mitglieder des CDU-Bundesvorstandes im Juni 1965 beschwörend, „oder wir gehen heute, morgen oder übermorgen auseinander.“

Aber natürlich ist der Verschleiß Folge eines gesellschaftlichen Prozesses und nicht allein Produkt der säkularisierten Programmunschärfe von Frau Merkel. Zum stabilsten Kern christdemokratischer Traditionalität gehörte stets die Gruppe der „selbstgenügsamen Traditionalisten“, wie es im Vokabular der Werteforscher heißt. Die meisten in diesem Milieu sind mittlerweile über 70 Jahre; darunter etliche Witwen, die sich in ihren eigenen vier Wänden am wohlsten und sichersten fühlen. Dort, insbesondere im ländlich-katholischen Bereich, spielen Religion, strikte Ordnungswerte und Traditionalitäten wohl noch eine die Alltagsmoral regulierende Rolle. Aber diese Gruppe schmilzt mehr und mehr, wird – ein wenig roh formuliert – in mittlerer Sicht keine wahlentscheidende Bedeutung mehr besitzen.

Natürlich, die Krise des Konservatismus der Rechten datiert nicht erst seit dem Abgang von Kohl und dem Entre von Mer-

kel. Sie liegt weit länger zurück. Schon in den gesellschaftlich aufgewühlten Jahrzehnten zwischen 1870 und 1945 hatte es der Konservatismus schwer, sich als Idee und Konzept im rechtsbürgerlichen Spektrum zu behaupten. In der Gesellschaft dominierten jahrzehntelang die jugendlichen und jungerwachsenen Kohorten.



Der Autor: Prof. Dr. Franz Walter, Jahrgang 1956, ist Parteienforscher und lehrt Politikwissenschaft an der Universität Göttingen. Seit März 2010 leitet er das Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Aus dieser soziodemographischen Kons-tellation nährten sich im bürgerlichen Lager die Massenbewegungen mit ihrem Heilsverlangen: wüste Nationalisten, aggressive Alldeutsche, exzentrische Leben-reformer. Demgegenüber wirkte der Konservatismus verstaubt und behäbig. Und da ein Teil der national-protestantischen Konservativen fürchtete, den Zug

der Zeit zu verpassen, wandelte er sich der „nationalen Erhebung“ 1933 an. Das hatte den Konservatismus als Ideologie der deutschnationalen Rechten ziemlich anhaltend diskreditiert; und das machte seither jeden Versuch der Renaissance rechts von der Mitte schwer.

So nahm die Zahl der klassisch Konservativen in den bundesdeutschen Jahrzehnten fortlaufend ab. Die Lebenswelten gottesfürchtiger Kirchgänger, treuer Ernst-Jünger-Anhänger, raunender Martin-Heidegger-Epigonen und machtverklärender Carl-Schmitt-Schüler schrumpften beträchtlich. Weder Stahlgewitter noch Marmorklippen bildeten lockende Orte für die Bundesdeutschen. Einem modernen Konservatismus fehlten am Ende originelle, auch neue, gleichsam unverdächtige Denker. Zuletzt hat der Konservatismus in Deutschland – mit Verlaub formuliert – lediglich den Typus des Verbindungsstudenten hervorgebracht, der als Kreisvorsitzender der Jungen Union weinerlich über den 68er Wertezerfall, quotengeforderte Emanzen und die „furchtbare Claudia Roth“ zu lamentieren pflegte.

Überhaupt wurden im Laufe der 1990er Jahre sozialkatholische bzw. konservativ-sozialpaternalistische Prägungen unter den Anführern der CDU rar, ohne dass an deren Stelle vergleichbar tief verwurzelte, lagerüberspannende Einstellungsmuster getreten wären. Die Öffnung und Liberalisierung der Partei führten zu spirituellen Freiflächen. Zu einer neuen Werteintegration war das säkularisierte und individualisierte Bürgertum in Deutschland immer weniger in der Lage. Und aus diesem Dilemma hat die Union bislang keinen politisch erfolgreichen

Ausweg gefunden. Sie kennt bisher das Ziel eines solchen Weges nicht. Die Christdemokraten in Deutschland haben kein Kanaan mehr, wohin sie ihre Anhänger führen könnten. Über Jahrzehnte galt die nivellierte Mittelstandsgesellschaft als eine Art gelobtes Land. Man strebte eine gerechte Reziprozität von Leistungen und Gegenleistungen an, schuf dafür das Bild von der großen gesellschaftlichen Familie, in der Unternehmer wie Arbeitnehmer einträchtig in dem einen großen Boot saßen.

Christdemokraten oder auch die Sozialdemokraten sind historische Wesen, die bislang politische Systembrüche, große gesellschaftliche Transformationen und soziale Wandlungen überstanden haben – weil sie über einen Wertekern verfügen, der Situationen, Ereignisse, Personen, Beliebigkeiten und Moden überdauert. Jedenfalls galt das lange so. Und darin steckt auch die Begründung für einen Halt stiftenden, klugen und besonnenen, sich im Wandel ohne Starrsinn interpretierenden Konservatismus.

Schließlich sind sich fast relevante Werteforscher derzeit einig, dass die große Zeit des schrankenlosen anything goes, der heillosen Flucht aus allen Bindungen, in mittlerer Zukunft vorbeigehen dürfte, zumindest durch Korrektive und

Gegenströmungen ergänzt zu werden hat. Und diese Korrektive laufen auch und gerade bei jungen Leuten, so aber-

mals der Befund der zuletzt durchgeführten Shellstudie, auf feste Regeln, Verwurzelungen, Kontinuitäten, Leistungsdenken und verlässliche Gemeinschaftszugehörigkeiten hinaus. In der jugendlichen Hochachtung für die Familie bündeln sich all diese Sehnsüchte.

Dass es jedenfalls rundum unmöglich ist, aus der eigenen Vergangenheit mit durchaus modernisierungskritischen Tönen ein zukunftssträchtiges, gewinnbringendes Modell zu schaffen, haben dabei gerade frühere Stammwähler in lang überlieferten Zentren der katholisch-christlichen Demokratie seit einiger Zeit bereits bewiesen: die Winzer in Baden, im Rheinland, an der Mosel. In diesen Gegenden bekam die Union in ihren guten Zeiten weithin über 60 Prozent der Stimmen. Doch vollzog sich auch in diesen Regionen im Laufe der 1970er/80er Jahre ein Generations- und Einstellungswandel. Eine neue Kohorte von Winzern löste sich von der schonungslosen Mengenproduktion der Väter, die in der christdemokratisch begründeten Wohlstandsgesellschaft der 1960er Jahre mit üppiger Flächennutzung pappig-süßliche Massener-

zeugnisse für eine gewachsene Konsumentenschaft boten. Aber so kam der Wein (nicht nur) bei Connaisseurs in Verruf. Die ökologischen Schäden wurden ruchbar. Jungwinzer erinnerten sich nun an die Traditionen der Groß- und Urgroßeltern. Und sie änderten Zug um Zug die „Philosophie“. Alle Weingüter, die etwas auf sich und ihre Qualität halten, beginnen heute ihre Selbstdarstellung, ob im Print-Prospekt oder beim Internetauftritt, mit der Präsentation ihrer „Philosophie“. Und immer wird die „Tradition“ großgeschrieben, der behutsame, sorgsame Umgang mit der Natur betont, auf gebietstypische Pflege der Reben hingewiesen, die Geschichte der heimatlichen Böden, Kirchen und Kulturen stolz in Erinnerung gerufen. Und zugleich achtet man darauf, die Tradition mit der eigenen Fortschrittlichkeit eng zu verknüpfen, das eine aus dem anderen herzuleiten. Im Grunde haben die Winzer vorgemacht, was der CDU ebenfalls hätte gelingen können, was sie aber geradezu ignorant versäumt hat: Ökologie und Regionalkultur als konservativen Erzählstrang aufzunehmen und in eine vitale politische Semantik zu überführen.

Kurzum: Es gibt den Humus für einen zeitgemäßen, unverklemmten, nicht-reaktionären Konservatismus. Doch ein paar kluge Ideenlieferanten und kühle Organisatoren braucht er schon. Finden sich solche und verbinden sie sich mit den Orientierungsbedürfnissen der ihrer selbst nicht mehr sicheren bundesdeutschen Mitte, dann allerdings könnten sich die CDU und – wer weiß – die Republik politisch neu zusammenpuzzeln. <

Ihre Meinung

Liebe Leser, wie steht es Ihrer Meinung nach um den Konservatismus in der CDU? Schreiben Sie uns unter: Senioren-Union der CDU Deutschlands, Redaktion Souverän – Leserbriefe –, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin.

Waren die einen fleißig, machten die anderen ordentliche Gewinne. Fielen die Renditen der Letzteren üppig aus, dann erhöhten sich ebenfalls die Löhne und Gehälter der Ersteren. Bildete man sich strebsam fort, dann winkte der soziale Aufstieg. Das war christdemokratischer Kanon von Adenauer bis Kohl. Aber dieses Äquivalenzprinzip geriet zuletzt mehr und mehr in Unordnung. Doch sollte die CDU an einer Instandsetzung ihres grundlegenden gesellschaftlichen Modells arbeiten. Denn allein dadurch hatte sie Volkspartei werden können und nicht lediglich eine Partei des „bürgerlichen Lagers“ sein dürfen.

Parteien verändern sich mit guten Ausichten dann, wenn sie ihre Lernprozesse aus der eigenen Tradition heraus erörtern und erklären. Denn Parteien wie die

Kommt die D-Mark nicht zu mir...

Die Rechnung für das Ende des Euro

Der langjährige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, plädiert für ein Festhalten am Euro.

Bei diesem Artikel weiß ich, dass die Zustimmung zu meiner Sichtweise recht dünn ausfällt. Die, die eine andere Einschätzung haben, sind in einer deutlichen Mehrheit. Sie sind eine äußerst bunte Gemeinschaft.

Da sind Wissenschaftler, allen voran die (Verfassungs-)Juristen, besonders lautstark die (National-)Ökonomen, aber auch die Vertreter der Politikwissenschaft.

Da sind die Politiker, die sich in der Demokratie aus einem wichtigen Grund um ihre Wiederwahl sorgen. Es sind dies Politiker fast aller gemäßigten Parteien. Und es sind dies besonders laut und seit langem die Rechtsradikalen. Da sind die Medien.

Die Kampagne gegen die Fortsetzung der Eurorettung vereint Bild und FAZ und endet keineswegs dort. Da sind die internationalen Investmentbanker, vor allem jene in London und New York. Bei diesen wird – seit es den Euro gibt – von einer Missgeburt gesprochen.

Die Ablehnung einer Währungsunion mit den Südeuropäern hat aber auch einen enormen Resonanzboden bei der deutschen mittelständischen Wirtschaft.

Die Unterstützung für ein baldiges Ende des Euro ist also breit und tief. Da ist die zähe und vehemente Unterstützung durch die politische Führung in wichtigen europäischen Ländern und einigen kleinen Eliten aus anderen Lebensbereichen in Europa durchaus nicht leicht zu verstehen. Auffällig ist, dass das Urgestein deutscher Politik (Schmidt, Kohl, Schröder, Biedenkopf, Genscher) zu dieser Gruppe zählt.

Eurokrise oder Verschuldungskrise?

In der Tat, die Eurokrise macht es uns leicht, die gemeinsame Währung nicht zu mögen. Aber: Wer kriselt hier eigentlich tatsächlich?

Der Euro ist es nicht. Weder war der Außenwert des Euro extrem volatil, noch gibt es eine strukturelle Euro-Schwäche. Auch im dritten Jahr der derzeitigen, sogenannten Eurokrise liegt der Wechselkurs noch oberhalb seines wohl zu hoch festgelegten Startkurses von 1,18 zum US-Dollar. Und die Inflationsrate im Euroraum lag in der Eurozeit nicht nur niedriger als zuvor, sie lag sogar deutlich unter der Inflationsrate der Währung, die das Muster für den Euro war: die 50 Jahre lang existierende D-Mark. In der D-Mark-Zeit betrug die Inflationsrate fast 2,9% pro Jahr, und in den zwölf Jahren des Euro lag sie unter 2% pro Jahr.

Das, was wir Eurokrise nennen, ist offenkundig etwas, was nicht unmittelbar mit der Währung zu tun hat.

Ist es das Überschuldungsproblem, das die Krise ausmacht? In diesem Fall wäre es schwer verständlich, dass sich die Debatte so exklusiv auf den Euroraum konzentriert. In Bezug auf seine Staatsschuld ist Japan sogar weit belasteter als das Euroland mit maximaler Schiefehle, nämlich Griechenland (Staatsschuld 250% des BIP im Vergleich zu 150% in Griechenland). Der japanische und der US-Finanzminister bekommen zehnjährige Staatsanleihen für unter 1% (Japan) und weit unter 2% (USA), während der spanische und der italienische Finanzminister 7% zahlen und der griechische Finanzminister (faktisch) keine Mittel erhält.

Ist es die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, die manche Länder im Euroraum aufweisen? Auch dies ist nicht zwingend das Problem. Denn die krisenhaften Entwicklungen dieser Art sind in Nicht-Euroländern Europas wie etwa England oder Ungarn mindestens ebenso ausgeprägt wie in Euroland. Ein Blick über den Atlantik zeigt, dass die USA gar in nahezu jeder Hinsicht (Staatsdefizit, Staatsschulden, Leistungsbilanzdefizit) weit tiefer im Dilemma als Euroland insgesamt sind und sogar als die meisten Euroländer jeweils einzeln. Und trotzdem wird Europa abgestraft. Warum ist das so?

Die Eurorettung wird nicht akzeptiert

Die Ereignisse im Euroland lösen anders als die Krisenprobleme in anderen europäischen Ländern und anderen Kontinenten Rettungsaktionen aus. Mit der EFSF wurde 2010 ein großvolumiger Rettungsschirm für Staaten gegründet – bald wird sie vom dauerhaften Euroschutzschirm ESM abgelöst. Insgesamt EUR 500 Mrd. stehen dann zur Rettung der Eurozone zur Verfügung.

Die Solidarhaltung zwischen besser positionierten Ländern und Empfängerländern ist jedoch fragil: Die Eurorettung findet zwar statt – doch in den Herzen der Menschen ist sie nicht akzeptiert. Sie wird von massiven Protesten in den Empfängerländern und giftigem Populismus in





den Geberländern begleitet. Solidarische Rettungsaktionen für die Krisenstaaten der Eurozone schmecken den Steuerzahlern der Geberländer nicht – vor allen Dingen nicht, wenn die Länder der Peripherie ihre wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Hausaufgaben nicht gemacht haben.

Das Experiment „Euro“ ist aber auch in Gefahr, weil die Bürger der Empfängerländer die Sparanstrengungen, die ihnen als Teil der Rettungspakete zugemutet werden,

nicht akzeptieren. Investoren, die die Eurozone von außen betrachten, beobachten mit Sorge die ergebnisoffene Diskussion um das Experiment „Fortsetzung der Währungsunion“.

Wenn Geber und Empfänger die Begleitscheinungen der Rettungsprogramme zur Fortsetzung der Währungsunion ablehnen, sollte klar sein, dass eine Alternative gewählt werden muss. Dann gilt es die existierenden Szenarien zu prüfen und die günstigste (alternative) Variante zu wählen.

Welche Szenarien stehen zur Wahl?

Szenario 1: Griechenland verlässt die Währungsunion

Mit einer solchen Lösung und der damit verbundenen Abwertung der neuen Landeswährung wird vermutet, dass es zu einer nachhaltigen Verbesserung der Wettbewerbslage Griechenlands kommt und dessen Hilfsbedürftigkeit überwunden würde. Aber ist dem wirklich so, und gibt es für dieses Szenario überhaupt eine nennenswerte Wahrscheinlichkeit?

Dass die Griechen eine Währung, die wertbeständig ist und international anerkannt wird, gegenüber anderen Währungen vorziehen, sagen sie ganz überwiegend und laut. Ihr Verhalten ist deshalb von Vertrauen gegenüber dem Euro und Finanzinstituten außerhalb ihres nationalen Einflussbereiches geprägt. Sie würden freiwillig wohl nur zum Steuerzahlen die neue Drachme benutzen. Damit träten viele Effekte, die Investmentbanker und

Nationalökonomien der neuen Drachme zuschreiben, nicht ein. Geld ist Vertrauenssache, Vertrauen in Papiergeld ist höchst fragil und auf viele Jahrzehnte für eine neue griechische Währung nicht erreichbar. In der Geschichte gibt es kein Beispiel, in dem es gelungen wäre, eine starke Währung durch eine schwache zu verdrängen. In der faktischen Nutzung würde der starke Euro also weiter dominieren. Schwarzhandel und Korruption würden blühen. Es würde zu massiven Verwerfungen im Finanzsystem und zu enormen Umstellungskosten für den Privatsektor kommen, bis hin zu einer Insolvenzwellen, wenn Vorleistungen nicht mehr günstig eingekauft werden könnten.

Dass die Eurokrise beendet wäre, wenn Griechenland die Währungsunion verlässt, ist nicht denk-unmöglich, aber eine Ansteckung weiterer Länder Südeuropas ist sehr viel wahrscheinlicher. Welche Länder wären davon betroffen? Wohl Portugal, Spanien und Italien, möglicherweise Irland.

Szenario 2: Der Rand bröckelt

Bei einem Wegfall dieser Länder ginge es um gut ein Drittel der derzeitigen Währungsunion, das aus dem Verbund ausschiede. Es spricht vieles dafür, dass dieses Ereignis für den Finanzsektor desaströse Folgen hätte. Viele Banken, insbesondere die in Italien und Spanien, haben große internationale Bedeutung, die



Der Autor: Prof. Dr. Norbert Walter

war bis Ende 2009 Chef-Volkswirt der Deutschen Bank. Anschließend gründete er ein eigenes Unternehmen, die Walter & Töchter Consult.

italienischen insbesondere für Europa, ganz speziell für Osteuropa. Wegen der großen Bedeutung der staatlichen Rentenmärkte Spaniens und Italiens würde ein Ausscheiden dieser Länder die Lebensversicherungen und die Altersvorsorgeeinrichtungen Europas in eine tiefe Krise stürzen. Ein beträchtlicher Teil der Anlagen dieser Einrichtungen besteht aus Immobilien, Aktien, insbesondere aber Staatsanleihen dieser Länder. Bei einem faktischen Staatsbankrott verlieren diese Assets einen Großteil ihres Wertes.

Auch Kerneuropa stünde dann vor einer großen gesamtwirtschaftlichen Kontraktion. Ein Zurückfallen des Sozialprodukts der ausscheidenden Länder um ein Viertel hielte ich für unvermeidlich. Direkte und indirekte Ansteckungseffekte wären insbesondere für finanziell und realwirtschaftlich tief vernetzte Länder wie etwa Deutschland, Österreich, Schweiz und Benelux praktisch unvermeidlich. Denn auch die Realwirtschaft Kerneuopas würde durch Bankenpleiten, aber auch wegen der Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern in den Austrittsländern massiv unter Druck geraten.

Auch das Erhalten der Währungsunion kostet!

Das Zerbrechen der Währungsunion wäre ein ökonomisch desaströses Ereignis. Aber auch wenn man den Erhalt der Währungsunion anstrebt und sichert, können die solidarische Hilfe nordischer Geberländer und die Bereitschaft der Südländer zu einer entschlossenen wirtschaftspolitischen Reform eine Schrumpfung des Sozialprodukts nicht vermeiden. Dieser Rückgang bliebe freilich in Umfang und Zeitdauer kleiner und kürzer. Er bliebe zudem im Wesentlichen auf den Finanz-, Bau- und Immobiliensektor begrenzt, also jene Sektoren, die künstlich aufgebläht waren.

Diskussionen über das Ende der Eurozone sind in diesen Tagen nicht nur kontraproduktiv – sie missachten auch die enormen Kosten, die entstünden, wenn solche Pläne umgesetzt würden. Was Europa braucht, sind Mut, Zuversicht und eine solide Brückenfinanzierung, die sicherstellt, dass der Kontinent in diesen schweren Zeiten zusammengehalten wird. Er sollte es uns wert sein. <



DAS TRAUMSCHIFF

TRAUMSCHIFF DREHARBEITEN AN BORD!



33 Tage ab € 4.495,- pro Person

MIT DEM TRAUMSCHIFF

GROSSE ORIENT-REISE 423B-425 | 11.02. -
VON DUBAI NACH ANTALYA | 33 TAGE

Sie sind noch immer zu finden, die Spuren der großen Seefahrer: An den Küsten der Arabischen Halbinsel, an der alten Gewürz- und Weihrauchstraße, in den Märchen aus 1001 Nacht, im Land der Königin von Saba, unter Pharaos Erben am Roten Meer, das schon lange vor unserer Zeitrechnung ägyptische Handelsschiffe trug, im antiken Kanalbauprojekt und schließlich in den Geschichten des weisen Nasreddin an der Küste Kleinasiens.



SPECIALS:

KEIN EINZELKABINENZUSCHLAG: Auf den Reisen 424, 424a, 424b und 425 !

PARTNERTARIFE „2=1“: Auf den Reisen 424 und 424a erhält die 2. Person in der Kabine eine Freipassage und zahlt nur den Fluganteil in Höhe von € 930,- !



REISE 422 (Themenkreuzfahrt Golf und Pferde)

ZAUBER DES ORIENTS

24.01. – 05.02.2013, AB/AN DUBAI, 13 TAGE

Seltene Kreuzfahrthäfen liegen entlang der Route des Traumschiffs während dieser Kreuzfahrt. Kommen Sie mit zu den Delphinen von Musandam und den ausgedehnten Wüstendünen in Katar. Erleben Sie die heiligen Städte des Iran.

2-Bett-Kabine ab € 2.995,- pro Person

REISE 423 A

MÄRCHEN AUS 1001 NACHT

05.02. – 11.02.2013, AB/AN DUBAI, 7 TAGE

Zu den schönsten Landschaften des Oman gehören die Fjorde der Halbinsel Musandam. Die einzigartige Berglandschaft wird auch das „Norwegen Arabiens“ genannt. In Sharjah besuchen Sie die arabischen Basare, in Maskat den Sultanspalast und erinnern sich gern an Ihre Reise aus 1001 Nacht.

2-Bett-Kabine ab € 1.495,- pro Person



REISE 423 B

ARABISCHE GEHEIMNISSE

11.02. – 17.02.2013, AB/AN DUBAI, 7 TAGE

Die Geschichten von Ali Baba und Aladin begleiten die DEUTSCHLAND auf ihrem Weg durch den Persischen Golf nach Katar, Bahrain, Kuwait und Abu Dhabi. Wie Fata Morganas tauchen Städte am Horizont auf und erwarten ihre Gäste mit der Gastfreundschaft Arabiens.

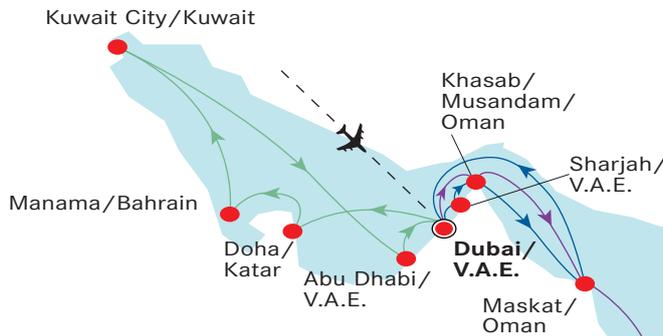
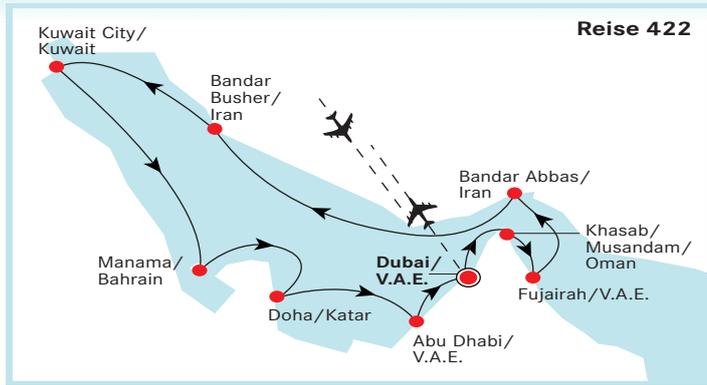
2-Bett-Kabine ab € 1.495,- pro Person



Reederei Peter Deilmann GmbH

SCHIFF AUF SINDBADS SPUREN

15.03.2013



2=1

REISE 424 (Themenkreuzfahrt Single und Wellness)

KÖNIGIN VON SABA

17.02. – 04.03.2013, VON DUBAI NACH HURGHADA, 16 TAGE

Dubai, Khasab, Maskat, Salalah, Jeddah, Sharm El Sheikh, Eilat, Aqaba und Hurghada. Eine traditionsreiche Route führt die DEUTSCHLAND in die schönsten Länder Arabiens und am Roten Meer. Steigen Sie ein und lassen Sie sich verzaubern.

2-Bett-Kabine ab € 3.995,- pro Person

Diese Reise ist auch in Teilstrecken buchbar:

- 2=1 Reise 424a**, 17.-28.02.2013, Dubai - Sharm El Sheikh, 12 Tage, **2-Bett-Kabine ab € 2.995,- p. P.**
- Reise 424b**, 28.02.-04.03.2013, Sharm El Sheikh - Hurghada, 5 Tage, **2-Bett-Kabine ab € 1.395,- p. P.**

REISE 425 (Themenkreuzfahrt Familie, Single und Garten)

HANDELSMETROPOLEN AN DER LEVANTE

04.03. – 15.03.2013, VON HURGHADA NACH ANTALYA, 12 TAGE

Das Traumschiff kreuzt im Morgenland – durch das Rote Meer fährt die DEUTSCHLAND in den Suezkanal, seine Passage gehört zu den Kreuzfahrterlebnissen schlechthin. Dann geht die Reise nach Israel, wo die Spuren christlicher Pilger zu heiligen Stätten führen.

2-Bett-Kabine ab € 3.795,- pro Person

BESTELL-COUPON FÜR SOUVERÄN-LESER

Bitte reservieren Sie für folgende Reise und senden Sie mir die ausführlichen Buchungsinformationen zu:

- Mit dem Traumschiff auf Sindbads Spuren (11.02.-15.03.13)
- Zauber des Orients (24.01.-05.02.13)
- Märchen aus 1001 Nacht (05.02.-11.02.13)
- Arabische Geheimnisse (11.02.-17.02.13)
- Königin von Saba (17.02.-04.03.13)
- Königin von Saba - Teilstrecke 1 (17.02.-28.02.13)
- Königin von Saba - Teilstrecke 2 (28.02.-04.03.13)
- Handelsmetropolen an der Levante (04.03.-15.03.13)

Name _____

Vorname _____

PLZ/Ort _____

Straße _____

Telefon/E-Mail _____

2-Bett-Kabine Einzelkabine

Bitte diesen COUPON an:

Kleinmoor-Kreuzfahrten

Souverän-Leserreisen

Müllerweg 32 • 28865 Lilienthal

kleinmoor-kreuzfahrten@fano.at

Tel. Information: (04298) 417660

Zur Diskussion gestellt:

Wie krank ist unser Gesundheitssystem?

Nach unserem Verständnis ist es sozial, wenn im Rahmen der Solidargemeinschaft kranken Menschen geholfen wird und Pflegebedürftige ein angemessenes Leben führen können. Das wird aber bald nicht mehr möglich sein, weil unser Gesundheitswesen unverantwortlich überfordert wird. Aufgrund des demographischen Wandels leben nicht nur immer mehr Ältere in unserer Gesellschaft, auch die Zahl der multimorbiden Menschen – das sind diejenigen, die mehr als eine Krankheit haben – wächst ständig. Daraus resultiert u.a. ein erhöhter Bedarf an medizinischen Leistungen, die auch entsprechend finanziert werden müssen.

Wenn es aber – nach unserem Verständnis – bei einem solidarischen Gesundheitssystem in Zukunft bleiben soll, müssen wir einen grundsätzlich neuen Ansatz finden. Der Grundwert „Solidarität“ ist Garant für das Zusammenleben der Menschen in Freiheit. Wenn wir auf Solidarität verzichten, wird der Egoismus siegen. Und Egoismus ist die Zärtlichkeit der Ellenbogen. Deshalb muss der Grundwert der Solidarität Maßstab des zukünftigen und vor allem auch sicheren Gesundheitssystems sein.

Nun hat es in den vergangenen Jahren immer wieder sogenannte Gesundheitsreformen gegeben. Bei näherem Hinsehen stellte sich aber heraus, dass es keine Reformen waren, sondern „Reparaturmaßnahmen“. Diese Maßnahmen dienten nur dazu, die Kosten zu dämpfen und die Finanzierung kurz- bis mittelfristig sicherzustellen. Eine wirklich nachhaltige Gesundheitsreform braucht aber einen neuen Ansatz, der die Prävention und die Eigenverantwortung in den Mittelpunkt stellt.

Zunächst ist jeder Mensch selbst für seine Gesundheit verantwortlich, und nur der, der unverschuldet erkrankt, hat Anspruch auf Solidarität. Wenn wir in der Zukunft den wirklich kranken Menschen noch helfen wollen, müssen wir diese Ei-



Der Autor: Leonhard Kuckart ist stv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender NRW der Senioren-Union.

genverantwortung stärker als bislang einfordern. Es kommt darauf an, verstärkt präventiv gegen die Gefahren von Krankheiten anzugehen. Und das bedeutet vor allem zweierlei: eine gesunde Ernährung und entsprechende körperliche Bewegung.

Diese weitgehend allgemeinen Aussagen sind wahrscheinlich noch leicht nachvollziehbar und werden auf breite Zustimmung stoßen. Aber der Teufel steckt im Detail. Und manche werden erschrecken, wenn es konkret wird.

In der jüngsten Vergangenheit berichteten die Medien darüber, dass jeder vierte Deutsche übergewichtig ist. Ein Viertel der deutschen Bevölkerung hat einen Körpermassenindex (Verhältnis Größe zu Gewicht) – auch bekannt als „Body-Mass-Index“ – von über 30 und ist damit adipös, also fettleibig. Ärztinnen und Ärzte schlagen Alarm, weil es besonders nachdenklich stimmen muss, dass das Problem des Übergewichts bei Kindern rasant zunimmt. Die Kosten, die den Krankenkassen, also der Solidargemeinschaft, aufgrund von Erkrankungen durch Übergewicht entstehen, belaufen sich auf jährlich 17 Milliarden Euro.

Eine weitere Risikogruppe sind die Raucher. Und auch hier berichten die Medien, dass jährlich mehr als 100000 Menschen in Deutschland an den Folgen eines übermäßigen Nikotingenusses sterben. Ein drittes Risiko hat seine Ursache in einem überdurchschnittlich hohen Alkoholgenuss. Nun soll und kann jeder erwachsene Mensch frei entscheiden, wie er mit seinem Körper umgeht, aber er muss dafür auch mit seiner eigenen Verantwortung einstehen. Es soll keiner gezwungen werden, sich gesund zu ernähren und bewusst gesund zu leben, aber für die Risiken, die er freiwillig eingeht, muss er sich selbst versichern. Es kann deshalb nicht angehen, dass Menschen Raubbau mit ihrem Körper treiben und andere dafür die Zeche zahlen sollen. Das würde das System sprengen.

Deshalb sollten diese Risikogruppen eine Risikoabgabe zahlen, nicht in Form einer Steuer, die an den Staat geht, sondern eine Abgabe an die Krankenversicherung. Mit dieser Sonderabgabe sollten die Risiken der selbstverschuldeten Krankheiten abgedeckt werden. Konkret kann das geschehen, indem auf Tabakwaren, Alkohol und Übergewicht fördernde Lebensmittel ein Risikozuschlag erhoben wird. Diese Überlegungen sind nicht einmalig, sondern sie werden auch in anderen Ländern Europas angestellt. So erhebt zum Beispiel Dänemark bereits eine sogenannte „Fettsteuer“.

Natürlich bedarf es noch weiterer Überlegungen, um das Gesundheitssystem zukunftsfest zu machen. So ist zum Beispiel zu hinterfragen, ob wirklich jeder Mensch in Deutschland jährlich durchschnittlich 18-mal zum Arzt gehen muss.

Dass es Menschen gibt, die diese Überlegungen für falsch halten und kritisieren, ist legitim. Aber dann sollten die Kritiker auch offen sagen, wie die Problematik im Gesundheitswesen anderweitig zu lösen ist. Denn gelöst werden muss das Problem im Interesse aller. <

EIN REBELL, DER DIE WELT NICHT ÄNDERN WILL.

PRODUKTION AUSSCHLIESSLICH MIT ERNEUERBAREN ENERGIEN. FÜR UNS DER NÄCHSTE SCHRITT.

Cleve Beaufort ist bereit, ungewöhnliche Wege einzuschlagen, wenn sie ihn seinem Ziel näher bringen: Die Herstellung von Autos nachhaltiger zu gestalten. So denkt Beaufort bei erneuerbaren Energien nicht automatisch an Sonne, Wind oder Wasser, sondern an eine nahe gelegene Mülldeponie. Eine Maßnahme, die der Atmosphäre jedes Jahr 92.000 Tonnen CO₂ erspart. Mithilfe von Turbinen wird im amerikanischen BMW Werk Spartanburg Methanogas, das in Verrottungsprozessen auf der Mülldeponie entsteht, in Strom und Warmwasser umgewandelt – momentan über 50 Prozent des Gesamtbedarfs. Besonders stolz sind Beaufort und sein Team, dass ihr Modell mittlerweile auch in anderen Werken umgesetzt wird.

Die BMW Group ist zum siebten Mal in Folge nachhaltigster Automobilhersteller der Welt. Erfahren Sie mehr über den Branchenführer im Dow Jones Sustainability Index auf

www.bmwgroup.com/whatsnext



Jetzt Film ansehen.



Monika Maron:

Warum der Islam nicht zu Deutschland gehört

Der Islam gehört zu Deutschland? Keineswegs. Das Recht, Glaubensrichtungen und Überzeugungen zu leben, heißt noch lange nicht, dass sie unsere Vorstellung von Gesellschaft prägen.

Zu Helmut Schmidt gehört die Zigarette, zu Italien die Pasta, zu Berlin gehört die Spree, Adam zu Eva und das Amen zur Kirche. So bezeichnen wir umgangssprachlich einen selbstverständlichen, fast sprichwörtlichen Zusammenhang von Dingen oder Personen. Solchen Selbstverständlichkeiten hat Christian Wulff den Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ hinzugefügt und ihn als bedeutendste Erinnerung an seine kurze Amtszeit hinterlassen. Als er zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit die Deutschen mit dieser Behauptung überraschte, löste er noch eine heftige Diskussion aus. Jetzt scheint es, als hätte die stete Wiederholung diesem Satz, der inzwischen als Wulffs größtes Verdienst gilt, eine bedingungslose, gesetzeskräftige Autorität verliehen.

Das Fragwürdige des Satzes liegt in seiner gleichzeitigen Eindeutigkeit und Unschärfe. Er duldet keinen Widerspruch. Der Islam gehört zu Deutschland. Punkt, Schluss. Er erlaubt nicht einmal eine Nachfrage.

Auch die Scharia, die dem Islam Inhalt und Gestalt gibt? Und welche Glaubensrichtung, schiitisch, sunnitisch, alevitisch, ismailitisch, ahmadiyyadisch, salafistisch, auch? Gehören auch die innerislamischen Glaubenskämpfe zu Deutschland? Auch die Benachteiligung der Frauen? Ehe dieser Satz so unkommentiert in den Boden des deutschen Grundgesetzes gerammt wird, sollte wenigstens allen deutschen Staatsbürgern hinreichend erklärt werden, welche Konse-



Die Autorin: Monika Maron ist 1941 in Berlin geboren, wuchs in der DDR auf, übersiedelte 1988 in die Bundesrepublik und lebt seit 1993 wieder in Berlin. Sie veröffentlichte u. a. die Romane ›Flugasche‹, ›Die Überläuferin‹, ›Stille Zeile sechs‹, ›Animal triste‹, ›Pawels Briefe. Eine Familiengeschichte‹, ›Endmoränen‹ und ›Ach Glück‹, außerdem mehrere Essaybände. Zuletzt erschien die Reportage ›Bitterfelder Bogen‹. Sie wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet, darunter dem Kleist-Preis (1992), dem Friedrich-Hölderlin-Preis der Stadt Bad Homburg (2003), dem Deutschen Nationalpreis (2009) und dem Lessing-Preis des Freistaats Sachsen (2011). Ihren Beitrag „Warum der Islam nicht zu Deutschland gehört“ veröffentlichte sie zuerst am 23.4.2012 in „Welt Online“.

quenzen er nach sich zieht und welche Kollisionen mit anderen Selbstverständlichkeiten, die seit der Aufklärung zu Deutschland gehören, unausweichlich wären. Die Salafisten belehren uns gerade, wie es aussieht, wenn Muslime den Koran tatsächlich so ernst nehmen, wie er es von ihnen verlangt. Wer auf Youtube gesehen hat, wie der oberste Prediger der Salafisten in Deutschland muslimische Knaben indoktriniert, kann nur erschrecken.

Und es beruhigt nicht wirklich zu hören, dass nur vier- oder fünftausend Salafisten in Deutschland leben und die wenigsten von ihnen Terroristen sind, wenn man gleichzeitig weiß, dass als Salafisten die nicht-saudischen Wahabiten bezeichnet werden, der Wahabismus aber Staatsdoktrin im reichen Saudi-Arabien ist, das seine religiös-dogmatischen Verbündeten weltweit unterstützt und finanziert.

Es ist nicht nur leichtfertig, sondern verantwortungslos, dem Islam seine Zugehörigkeit zu Deutschland zu bescheinigen, ohne gleichzeitig klar zu benennen, wie er sich reformieren muss, um kein Fremdkörper in einem säkularen und demokratischen, die Freiheitsrechte des Individuums achtenden Staat zu bleiben. Nun hat Volker Kauder den Wulffschen Satz vom Kopf auf die Füße gestellt: Die Muslime, die hier leben, gehören zu Deutschland, nicht aber der Islam. Der Protest der muslimischen Verbände war vorhersehbar. Aber warum protestieren auch die SPD, die Grünen, die FDP? Warum beten sie alle Wulffs gedankenlose Parole nach, als ginge es jetzt schon darum, die Wahlen von 2030 zu gewinnen, wenn in den Ballungsgebieten wahrscheinlich mehr Muslime als Christen, Atheisten, Juden und Hindus zusammen leben werden?

Die Muslime genießen die im Grundge-



setz garantierte Religionsfreiheit wie alle Bürger dieses Landes, gleichgültig, welcher Religion sie angehören. Daraus schließt die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „Der Islam ist eine der Religionen, die in Deutschland ausgelebt werden. Deshalb gehört der Islam natürlich zu Deutschland.“ Nun bedeutet die Formulierung „Der Islam gehört zu Deutschland“ aber mehr, als dass in Deutschland Menschen leben, deren Religion der Islam ist. In Deutschland werden viele Religionen und Ideen ausgelebt, gute und böse, ohne dass wir ihnen diese bekenntnishaft Formel zugestehen würden. Niemand käme auf die Idee zu behaupten: Der Hinduismus und der Konfuzianismus gehören zu Deutschland, obwohl hier Inder und Chinesen leben. Schon gar nicht würden wir sagen wollen: Der Rechtsradikalismus gehört zu Deutschland, obwohl wir leider zur Kenntnis nehmen müssen, dass auch der Rechtsradikalismus hier ausgelebt wird.

Die Anwesenheit von Glaubensrichtungen oder Überzeugungen, auch das Recht, sie zu leben und zu propagieren, heißt doch nicht, dass sie zu unserer Vorstellung von der Gesellschaft gehören, in der wir leben wollen. Und der Islam in seiner gegenwärtigen Verfassung mit seinem politischen Anspruch kann schon aus rechtlichen Vorbehalten so uneingeschränkt nicht zu Deutschland gehören.

Dem Islam steht seine Aufklärung, die das Christentum schon vor mehr als 200 Jahren erdulden musste, noch bevor. Bis dahin aber wünsche ich innigst, dass er nicht zu Deutschland gehört. Mag sein, dass Männer die Probleme gelassener sehen, als Frau kann ich das nicht.

Ich frage mich auch, warum unter dem Dach der Religionsanstalt Ditib, die der Leitung, Kontrolle und Aufsicht des Staatlichen Präsidiums für religiöse Angelegenheiten der Türkei und damit indirekt dem türkischen Ministerpräsidenten untersteht, mehr als 800 türkische Beamte in Deutschland dafür Sorge tragen dürfen, dass ihre ehemaligen Landsleute ihrem Herkunftsland und traditionellen Religionsverständnis möglichst eng verbunden bleiben, und ihnen damit die allmähliche Verschmelzung mit der deutschen Gesellschaft erschweren oder sogar unmöglich machen.

Seit 20 Jahren gewöhnen wir uns nun daran, dass wir nicht mehr Bundesbürger und DDR-Bürger sind, sondern einfach Deutsche, wie die Bewohner anderer Länder einfach Polen, Engländer, Franzosen oder Türken sind. Ich möchte nicht, dass man mich jetzt mit der rassistischen Bezeichnung Bio-Deutsche belegt, wie ich auch gerne auf die Klassifizierung „mit Migrationshintergrund“ verzichten würde, wenn die so Genannten sich auch als Deutsche verstehen wollten, weil sie hier geboren wurden, vielleicht sogar schon

ihre Eltern, weil wir alle gemeinsam hier leben und weil es mir gleichgültig ist, an welchen Gott jemand glaubt, solange es dem anderen auch gleichgültig ist. Das heißt aber nicht, dass außer seinen Gläubigen auch gleich der zugewanderte Gott in das deutsche Selbstverständnis integriert werden muss, unabhängig davon, ob der Islam eine prägende Rolle für die deutsche Kultur gespielt hat oder nicht. Hätte er das, hätte er vermutlich wie das Christen- und das Judentum seine Aufklärung erlebt. Oder Deutschland wäre heute ein islamisches Land. ◀

Bad Pyrmont -

— schönster —

Kurpark Deutschlands



1 Woche HP
ab € 352,50

p.P. im DZ

Am Kurpark/Kurmittelhaus, Zi. DU/WC,
TV, Radio etc., Relaxgarten mit
Gartenjacuzzi, Lift, Wellnessbereich,
Golfplätze in der näheren Umgebung.

★ ★ ★ *Haus Ritter*

Altenastraße 8 · 31812 Bad Pyrmont
www.haus-ritter.de

Tel. 052 81 - 605 60, Fax 6056 40

Die Welt erscheint unruhiger denn je, immer wieder brechen neue Konflikte auf, die internationale Gemeinschaft erscheint bisweilen hilflos. Was leistet eigentlich die Friedens- und Konfliktforschung vor diesem Hintergrund?



Friedens- und Konfliktforschung:

Vom Bohren besonders

Als ich vor etwa 30 Jahren meine Schwiegermutter kennenlernte, fragte sie natürlich auch nach meinem Beruf. Mit „Friedensforscher“ konnte sie nichts verbinden, also fragte sie nach, was ich da mache. Zu jener Zeit arbeitete ich über militärische Vertrauensbildung und versuchte ihr das zu erklären. Dann kam die Frage: „Und, bringt das was?“, womit sie nicht meinte, ob ich genug verdiente, sondern ob es auch einen praktischen Nutzen habe. Diese Frage bekommt man als Friedensforscher oft zu hören. Sie ist in einer unfriedlichen Welt nur zu verständlich. Und wenn ich darauf antwortete, dass es ohne unsere Arbeit noch viel schlimmer sein könnte, so ist das nur glaubwürdig, wenn ich Beispiele dafür bringen kann, wo unser Tun Nutzen gebracht hat.

Dazu noch einmal ein Blick zurück in die 1980er Jahre: Der Kalte Krieg hatte sich nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan und dem NATO-Doppelbeschluss, der eine Nachrüstung im Bereich der Mittelstreckenraketen mit einem Verhandlungsangebot verband, verschärft. Auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze standen hochbewaffnete Armeen in ständiger Alarmbereitschaft. Die Fehldeutung eines Manövers des Gegners als Angriffsvorbereitung hätte den Dritten Weltkrieg auslösen können. Einfach weiterrüsten hätte Milliarden gekostet, ohne die Sicherheit tatsächlich zu vergrößern. Hier setzte die militärische Vertrauensbildung an: Zum Beispiel sollten durch Ma-

növerankündigungen und -beobachtungen Missverständnisse vermieden werden. Außerdem hatte der US-Friedensforscher Charles Osgood um 1960 ein risikominderndes Entspannungskonzept entwickelt, den Gradualismus: Um die Rüstungsspirale umzukehren, sollten die USA selbst einen kleinen Abrüstungsschritt tun und bestimmte weitere für den Fall ankündigen, dass die Sowjetunion auch einen solchen Schritt tut.

Wir hatten dies auf die Situation in Zentraleuropa umgeschrieben und versuchten, Politiker dafür zu gewinnen. Doch als Antwort hörte ich damals von unseren Sicherheitspolitikern: „Herr Meyer, kommen Sie endlich mit den Füßen von der Decke!“ Dann kam in der Sowjetunion 1985 Gorbatschow an die Macht und begann zur allgemeinen Überraschung eine Politik des Gradualismus. Das ermöglichte für die Mittelstreckenwaffen (INF) Ende 1987 ein erstes Abrüstungsabkommen zwischen der USA und der UdSSR. Nun kam es darauf an, das Moment für weitere Schritte zu nutzen. Stattdessen wollten Engländer und Amerikaner Anfang 1989 in der NATO ein neues Kurzstreckensystem, ein Nachfolgeprogramm der Lance-Raketen, beschließen. Von Seiten der Friedensforschung bemühten wir uns, Außenminister Genscher dazu zu bringen, dem nicht zuzustimmen, weil sonst die ersten Blüten des Entspannungsprozesses sofort wieder verwelkt gewesen wären. Und Genscher trat in Brüssel auf die Bremse: Das „Follow-on-to-Lance“-

Programm wurde bis 1992 ausgesetzt. Der Entspannungsprozess konnte weitergehen. Der Ost-West-Konflikt fand bald darauf sein Ende, sodass es auch nicht mehr zu dem Kurzstreckenprogramm kam. Später stellte sich heraus, dass unter Gorbatschows außenpolitischen Zuarbeitern



Der Autor: Prof. Dr. Berthold Meyer, Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg, ist Jahrgang 1944. Er war von 1981 bis 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter und seit 1990 Leiter des Akademieprogramms der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter 2011 das Lehrbuch „Konfliktregelung und Friedensstrategien. Eine Einführung“ (Wiesbaden).



nach vollständig aus dem Gazastreifen, dem Westjordanland und Ost-Jerusalem zurückziehen müssen. Letzteres war für Israel völlig indiskutabel. Darüber hinaus verlangte es für weitere Schritte, dass auch die Hamas der Gewalt abschwor und Israel anerkannte, worauf Arafat keinen Einfluss hatte. Inzwischen sind 19 Jahre vergangen, ohne dass mehr als der Gazastreifen geräumt worden wäre. Von Seiten der HSFK wurde der Friedensprozess seit 1998 durch Aufbauhilfe bei

tik, die jahrzehntelang darauf gesetzt hatte, dass die nahöstlichen Autokratien für Stabilität sorgten, auch wenn Menschen- und demokratische Bürgerrechte beschnitten wurden, muss sich neu orientieren. In Libyen hat dies im vergangenen Jahr dazu geführt, dass die NATO die Opposition durch eine von der UNO beschlossene Flugverbotszone geschützt, letztlich aber über das UN-Mandat hinausgehend auch unterstützt hat. In Bezug auf Syrien sehen alle relevanten Mächte zu Recht in einer Militärintervention den falschen Weg. Doch es kommt nicht einmal zu einer UN-Resolution, die Assad eindeutig verurteilen würde. Der Erfolg von Sanktionen gegen das Assad-Regime wird in der neuesten Ausgabe des jährlich von den führenden deutschen Friedensforschungsinstituten erstellten und dem Bundestagspräsidenten übergebenen „Friedensgutachtens“ skeptisch beurteilt, da sich Russland, China und vor allem Iran nicht daran beteiligen würden. Das Friedensgutachten rät allerdings der deutschen Politik, ihre Zurückhaltung in Bezug auf Waffenlieferungen an die Opposition beizubehalten. Das gilt auch für die zurzeit heißdiskutierte Lieferung von mehreren hundert Leopard-2-Panzern an Saudi-Arabien, von denen ein Teil an oppositionelle Kräfte in Syrien weitergeleitet und andere wie 2011 zur Unterdrückung des „arabischen Frühlings“ in Bahrain oder auch im eigenen Land benutzt werden könnten. Ansonsten muss die westliche Politik auf Diplomatie setzen. Sie muss auch mit den Muslimbrüdern, von denen einer in Ägypten Präsident wurde, auf Augenhöhe reden, selbst wenn dies für Israel ein Gräueltat ist. Die jährlichen Friedensgutachten wie auch andere Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung werden heutzutage von Abgeordneten und in den relevanten Ministerien anders als zur Zeit des Kalten Krieges durchaus positiv aufgenommen. Ob unsere Vorschläge auch übernommen werden, hängt allerdings häufig davon ab, ob sie gerade in das aktuelle tagespolitische Argumentationsprofil des einzelnen Politikers „passen“. Insofern trifft Max Webers Bild vom „langsamen Bohren harter Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß“ auf die politikorientierte Friedensforschung nach wie vor in dem Sinn zu, als hier besonders harte Bretter zu bearbeiten sind. <

harter Bretter

Wissenschaftler waren, die Anfang der 1980er Jahre einige Monate als Gastforscher bei uns in der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt und beim Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg (IFSH) waren und unsere Überlegungen zum Gradualismus kennengelernt und ihrem Chef dann als Alternative zu einer neuen Aufrüstungsrunde nahegebracht hatten. Ein Segen für die Welt! Leider geht das Konzept der schrittweisen Annäherung nicht immer auf: 1992/93 gelang es norwegischen Sozialwissenschaftlern zwar, zwischen israelischen und palästinensischen Politikern zu vermitteln. In einer Reihe von zunächst geheimen Gesprächen wurde in Oslo ein Grundsatzabkommen erarbeitet, das eine Autonomie für die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten Westjordanland und Gazastreifen und deren schrittweise Ausweitung vorsah. Im Gegenzug verzichtete die Vertretung der Palästinenser, die PLO, auf ihre Zielsetzung, den Staat Israel zu beseitigen. Das Abkommen wurde am 13. September 1993 vom Israelischen Premier Rabin und Außenminister Peres sowie vom PLO-Chef Arafat im Beisein des US-Präsidenten Clinton in Washington unterzeichnet. Ziel war es damals, innerhalb von fünf Jahren einen Endstatus für die Autonomie zu erreichen. Die Palästinenser verstanden darunter einen eigenen Staat mit allem, was Staatlichkeit ausmacht. Die Israelis nicht. Israel hätte sich dazu nach und

der Gründung des Peace Research Institute in the Middle East im Haus der Evangelischen Schule Talitha Kumi in Beit Jalah unterstützt. Dort haben israelische und palästinensische Wissenschaftler in einem großen Projekt daran gearbeitet, die kontroverse Sichtweise der gemeinsamen Geschichte des 20. Jahrhunderts synoptisch darzustellen, damit im Schulunterricht die jeweils andere Perspektive kennengelernt werden kann. Das sind kleine Schritte, die aber zum gegenseitigen Verständnis und damit zur Verständigung wichtig sind. Das Textbuch „Das historische Narrativ des Anderen kennenlernen“ ist 2010 auch auf Deutsch erschienen.

Es gab noch zahlreiche andere Bemühungen der internationalen Friedensforschung, den Nahost-Konflikt zu entschärfen. Doch ist es immer nur möglich, aussöhnungsbereite Politiker zu erreichen. Deren Einfluss hielt sich aber in einem von Angst und Hass geprägten Umfeld in engen Grenzen.

Als Anfang 2011 in Tunesien der „arabische Frühling“ anbrach, geriet die gesamte nah- und mittelöstliche Region in Bewegung. In Tunesien, Ägypten und Libyen wurden die Herrscher abgesetzt, fanden inzwischen sogar demokratische Wahlen statt. In Syrien breitet sich hingegen ein furchtbarer Bürgerkrieg mit unklaren Fronten aus, ohne dass absehbar wäre, wie lange Präsident Assad sich noch an der Macht halten wird. Die europäische und amerikanische Außenpoli-

Generationenkongress:

Für eine Stärkung der Anerkennungskultur des Ehrenamts

Die Themen Engagement und Ehrenamt standen im Mittelpunkt des ersten Generationenkongresses von Senioren-Union und Junger Union aus Rheinland-Pfalz, welcher in der Laacher-See-Halle von Mendig zusammengekommen war.



In Ihrer Begrüßung machte die Landesvorsitzende der Senioren-Union, Helga Hammer, bereits deutlich, dass sich die Union für eine Anerkennungskultur einsetze, die den Einsatz für andere und das Gemeinwohl stärke. „Früher galt häufig das Credo: Was kann die Gesellschaft für die Alten tun? Heute muss es heißen: Was können Ältere für die Gesellschaft tun? Wir möchten mit dieser Veranstaltung deutlich machen, wie Jung und Alt aufeinander zugehen können, um eine gemeinsame solidarische Gesellschaft der Zukunft gestalten zu können.“

Die demographische Entwicklung stand im Mittelpunkt der Ausführungen von Josef Hecken, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. „Bürgerschaftliches Engagement ist Teil des demokratischen und freiheitlichen Staatswesens und unverzichtbarer Beitrag zur Lösung großer gesellschaftlicher Aufgaben, die der Staat gar nicht leisten kann. Wenn wir das nicht hätten, wäre unsere Gesellschaft um vieles ärmer!“ Hecken ging speziell auf den 2011 eingeführten Bundesfreiwilligendienst ein. „Innerhalb kürzester Zeit konnten wir 35000 freiwillige Dienstleistende einstellen. Wir könnten auch noch 10000 Freiwillige mehr einstellen, doch leider fehlt das Geld.“ Dass dieser Bundesfreiwilligendienst nicht nur von jungen Leuten angenommen wird, zeigt laut Hecken die aktuelle Zahl von

23 % der Stellen, die innerhalb des Bundesfreiwilligendienstes mit älteren Menschen besetzt sind.

In der anschließenden Rede des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. h.c. Rudolf Seiters, vertrat dieser die Ansicht, in der Gesellschaft müssten alle füreinander Verantwortung übernehmen. „Wir haben eine steigende Zahl von Hilfsbedürftigen gegenüber einer sinkenden Zahl Hilfsfähiger!“ Seiters befürwortete eine Stärkung des Stiftungswesens und des bürgerschaftlichen Engagements. „Wir brauchen mehr Hilfe für Helfer! Diese sind die wahren Helden des Alltags!“

Der Chef der Hessischen Staatskanzlei, Staatsminister Axel Wintermeyer, erläuterte sodann, wie das Nachbarland Hessen mit dem Thema Ehrenamt umgeht: Das Land Hessen eröffnete bereits 2001 die „Landesehrenamtsagentur“ zur Förderung bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements und richtete die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ ein. „Wir unterstützen damit ehrenamtliche Projekte vor Ort und sorgen so für den Aufbau eines immer größer werdenden Netzwerkes.“ Diese Projekte bilden seiner Ansicht nach „ein wichtiges Scharnier zwischen Land und Kommunen“. Hinzu kamen Projekte wie die Ehrenamtssuchmaschine, in die sich bisher 12000 Vereine und ehrenamtliche Initiativen eingetragen haben, die Auszeichnung „Initiative des Monats“ und die Ehrenamts-

karte „E-Card“. Wintermeyer: „Die Union ist die Partei des Ehrenamts!“

Das Fazit der abschließenden Rede des innenpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Matthias Lammert, nahm der Titel bereits vorweg: Nichts geht ohne ehrenamtliches Engagement! In Rheinland-Pfalz gibt es laut Lammert aktuell 55000 ehrenamtliche Feuerwehrleute und nur 670 hauptamtliche. „Ohne die vielen ehrenamtlichen Feuerwehrleute wären die aktuellen acht Minuten, die die Feuerwehr für ihre Einsatzbereitschaft vor Ort benötigt, nicht haltbar.“ Und trotzdem beschneide die Landesregierung die Mittel der Feuerwehr, indem sie die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer aussetze und so den Investitionsstau bei den Feuerwehren vor Ort noch vergrößere! Lammert verwies zudem auf eine Emnid-Umfrage: „Rheinland-Pfalz hat das zweithöchste Ehrenamtspotenzial deutschlandweit. 94 % der Rheinland-Pfälzer seien bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren, wenn sie persönlich angesprochen würden.“ Zum Abschluss des Generationenkongresses bekräftigte der Landesvorsitzende der Jungen Union Rheinland-Pfalz, Johannes Steiniger, seine Forderung nach einer Ehrenamtskarte auch in Rheinland-Pfalz. Die rot-grüne Landesregierung müsse beim Thema Ehrenamtskarte endlich ein deutliches Zeichen für die Freiwilligen im Land setzen. <



Integration

Demographischer Wandel

Bildung



Soziale Lage

Finanzen



Kommunale Chancen erkennen und nutzen!

Das Internetportal www.wegweiser-kommune.de gibt Kommunen ab 5.000 Einwohnern kompetente Unterstützung bei vielen Zukunftsaufgaben.

Mit vielfältigen Infos:

- Daten und Bevölkerungsprognosen
- Konkrete Handlungskonzepte
- Karten und Grafiken
- Gute Praxisbeispiele



Interview: Drei Fragen an ...

Dr. Marilies Flemming, ehemalige österreichische Umwelt- und Familienministerin, Abgeordnete des Europäischen Parlaments von 1996 bis 2004, seitdem Vizepräsidentin der Europäischen Senioren Union und Europa-Beauftragte des Österreichischen Seniorenbundes (mit 305000 Mitgliedern einer der beiden auch in der österr. Sozialpartnerschaft vertretenen großen Seniorenvereine).

Frau Dr. Flemming, persönlich gefragt, warum engagieren Sie sich in der ESU?

Dr. Flemming: Die ESU wurde 1995 vom damaligen österreichischen Bundesobmann des Seniorenbundes, Stefan Knafl, in Madrid gegründet, ich wurde kurz darauf Mitglied des Europäischen Parlaments – war also von Anfang an in die Arbeit der ESU eingebunden. Wir sind gleichberechtigter Teil der EVP, und ich bin der festen Überzeugung: Wir Senioren müssen zu allen Themen auf allen Ebenen gehört werden, unsere Stimme muss Gewicht haben. Auch in Europa – und auch wenn es nicht um Pensionen, Pflege oder Ähnliches geht. Daher mein Engagement.

Was kann, was sollte eine Europäische Senioren Union in der jetzigen brisanten Situation in Europa leisten?

Eine aktuelle österreichische Studie zeigt: Großeltern prägen das Wertever-



ständnis ihrer Enkelkinder. Wir Senioren sind es, die noch die Kriegs- und Nachkriegszeit erlebt haben. Wir wissen: Wenn Europa nicht zusammenhält, wenn wir die europäische Solidarität nicht täglich und aktiv leben, dann haben wir im internationalen Wettbewerb keine Chance, gehen unsere europäischen Werte unter und

ist auch der Frieden längst nicht garantiert. Daraus ergibt sich unser klarer Auftrag: Wir Senioren müssen mit den Jungen in Diskurs treten, um ihnen zu sagen, warum es so wichtig ist, ein geeintes Europa zu leben!

2012 ist das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen. Finden Sie, dass Europa genug für seine Senioren tut?

Laut dem Vertrag von Lissabon ist Europa ausdrücklich nicht für die Sozialschutzsysteme – und somit nicht für Pensionen und Pflege – zuständig. Damit fallen wichtige Senioren-Themen eigentlich weg. Europa ist aber wichtig für den Erhalt bzw. die Durchsetzung von Mindeststandards. So gibt es immer wieder richtungsweisende Urteile des EuGH gegen Altersdiskriminierung, für die grenzüberschreitende Leistung von z.B. Pensionszahlungen und Ähnlichem. Mit dem Europäischen Jahr kann Europa auch ganz klare und wichtige Image-Arbeit leisten: Wir in Europa brauchen unsere Älteren, wir betrachten sie nicht als nutzlose Kostenlast, sondern wollen überlegen, wie wir unsere Älteren in Arbeitsmarkt und Ehrenamt fördern und fördern können. Darin wird nämlich – auch angesichts der demographischen Entwicklung in Europa – ein wichtiger Schlüssel für die künftige Wirtschaftskraft (und somit die Sicherheit der sozialen Systeme) Europas liegen! ◀

Elbe

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.
Betreuung möglich.
Alten- u. Pflegeheim gegenüber.

Gratisprospekt:
Tel. (05862) 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohlmann-Straße

Als prominenten Gast konnte Terramundi-Geschäftsführer Georg Feller (r.) bei der traditionellen Frühjahrsreise der Senioren-Union auf Korfu Dr. hc. Rudolf Seiters (lks.) begrüßen. Wie viele andere Mitglieder und Freunde der SU nutzte er das Angebot des Dorstener Veranstalters und besuchte „die grüne Perle“ im Ionischen Meer. Rudolf Seiters ist seit dem Jahr 2003 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Auf Einladung von Terramundi hielt er auf Korfu einen spannenden Vortrag über seinen politischen Werdegang. Als ehemaliger Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes (1989 bis 1991) erlebte Seiters z. B. die „Wende“ hautnah. So erzählte er u.a. die Anekdote, dass er am 9.11.1989 einem Mitarbeiter für eine Geburtstagsfeier mit den Worten freigab: „Heute passiert eh' nichts mehr Besonderes.“ Es war der Tag des Mauerfalls ...



Als ehemaliger Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes (1989 bis 1991) erlebte Seiters z. B. die „Wende“ hautnah. So erzählte er u.a. die Anekdote, dass er am 9.11.1989 einem Mitarbeiter für eine Geburtstagsfeier mit den Worten freigab: „Heute passiert eh' nichts mehr Besonderes.“ Es war der Tag des Mauerfalls ...

3. Sommerakademie: Informationsbörse und Impulsgeber

Mit dem Thema „Senioren für Europa“ stellte sich die 3. ESU-Sommerakademie für Führungskräfte der aktuellen Situation. Vorträge, Diskussionen und Berichte aus fast 20 Mitgliedsländern der ESU ließen in Wien keinen Zweifel daran, dass der Einsatz für das Fortbestehen der EU und des EURO unerlässlich ist und letztlich erfolgreich sein wird. Bei keiner anderen Gelegenheit gäbe die ESU ihren führenden Repräsentanten der Mitgliedsverbände die Chance, so detailliert ihre Erfahrungen preiszugeben, sie umtreibende Fragen loszuwerden und Empfehlungen an die Politik zu geben, äußerte Präsident Dr. Bernhard Worms zum Abschluss. Wien hat informiert, analysiert und motiviert.

Ein weiteres Mal habe sich die Kooperation mit dem Österreichischen Seniorenbund (ÖSB), dem Centrum für Europäische Studien (CES), der Politischen Akademie (PoLAK) und der Europäischen Volkspartei (EVP) bewährt. Das sei eine gute Voraussetzung, bei Wien als Veranstaltungsort zu bleiben. Einen ausführlichen Bericht finden Sie im Internet (www.eu-seniorunion.info).

Was an Europa so einzigartig ist, machte Dr. Marilies Flemming, Vizepräsidentin aus dem Gastgeberland, an der Emanzipation der Frauen und der Abschaffung der Todesstrafe fest. Andere Redner verwiesen auf die Freiheitsrechte und eine jahrzehntelange Friedensperiode, die allerdings durch die Bürgerkriege auf dem Balkan in den 1990er Jahren mit Tausenden von Todesopfern einen argen Dämpfer erlitten habe. Für Prof. Dr. Paul Zulehner (Österreich) ist die Verteidigung Europas als Wertegemeinschaft unverzichtbar. Dr. Worms rief dazu auf, die „Sogwirkung Europas“ voll zur Geltung zu bringen, was Vertrauen zu den politischen Handlungsträgern im eigenen Land und auf europäischer Ebene voraussetzt.

Dass es dennoch neuer Impulse bedarf, wenn Europa seiner Verantwortung innerhalb und außerhalb auch künftig gerecht werden will, belegt die Österreichische

Volkspartei (ÖVP) durch ein 100-Punkte-Programm mit dem Titel „Europa auf neuen Kurs bringen“ (www.oevp.com), welches der Außenpolitische Sprecher, Dr. Reinhold Lopattka, vorstellte. Für ESU-Vizepräsident Leif Hallberg (Schweden) wäre der Zusammensturz des Europäischen Hauses eine Katastrophe mit hohen Grenzen, gegenseitigen Landforderungen und anderen längst überwunden geglaubten Untugenden. Vizepräsidentin Prof. Dr. An Hermans (Belgien) appellierte an die Seniorenverbände, „Europa“ zum Dauerthema zu machen. Dabei kann die Zusammenarbeit mit den Parteien und ihren Führungen hilfreich sein. **Ulrich Winz**

Rente: Kopplung an die Preisentwicklung!

Als ESU-Exekutivkomiteemitglied gab – neben fast 20 weiteren Repräsentanten der Mitgliedsverbände – die Ehrenvorsitzende Baden-Württembergs vor der Sommerakademie eine anschauliche Darstellung der Struktur und Wirkungsweise der CDU-Senioren-Union. Zum Thema „Sicherheit im Alter“ machte Erika Reinhardt den Vorschlag, die Rentenhöhe statt an die Lohnentwicklung des Vorjahres an die Preisentwicklung zu koppeln, was in Österreich längst Praxis ist. Der Empfehlung, rechtzeitig Altersvorsorge zu treffen, stimmte sie zu. Allerdings würden „viele das nicht bezahlen können“, sodass europaweit „bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentner“ erforderlich wären. Für den Eintritt in den „Ruhestand“ sollten Leistungsfähigkeit und -bereitschaft maßgeblich sein und nicht das Lebensalter.

Gedenksteine für Oświęcims Friedenszentrum

Es war ein bewegender Moment, als Janusz Marszalek für die Polnische Senioren-Union (PUS) in Berlin zwei Gedenksteine für den künftigen „Erinnerungs- und Friedenhügel“ in Oświęcim (früher Auschwitz) entgegennahm – geschah es doch am Nagelkreuz von Coventry in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche. Sie stammen aus der Bauhütte des ehemals kriegszerstörten Berliner Doms und dem 1943 stark beschädigten Turm der Gedächtniskirche. Zusammen mit Hunderten weiterer Steine aus der ganzen Welt, darunter viele aus unserem Land, werden sie in einem Ausstellungsraum des Friedenszentrums von der Verbundenheit ihrer Spender mit den Opfern von Krieg, Diktatur und Verfolgung zeugen. Aus Berlin trat schon im Herbst 2010 ein Stein aus der Fassade des Reichstagsgebäudes die Reise nach Oświęcim an. Einer Anregung des ESU-Präsidenten Dr. Worms war Parlamentspräsident Prof. Lammert ohne Zögern gefolgt. Das Projekt „Hügel“ braucht jetzt vor allem Geldspenden. Kontaktadresse: www.uniaseniorow.pl.

Text und Foto: Ulrich Winz

Janusz Marszalek aus Oświęcim (Auschwitz) nimmt Gedenksteine für den Erinnerungs- und Friedenhügel entgegen. Links von ihm Dompredigerin Dr. Petra Zimmermann, rechts Pfarrer Martin Germer.



Teil 3 Hilfe im Techniksdschungel:

E-Mails - elektronische Post ... leicht gemacht

Sie haben schon immer den Wunsch gehabt, sich auch endlich eine E-Mail-Adresse zuzulegen und an Ihre Freunde und Verwandten E-Mails zu versenden? Im Folgenden erfahren Sie, wie Sie in wenigen Schritten bereit sind für den Versand Ihrer ersten elektronischen Post.

Im ersten Schritt brauchen Sie, wie außerhalb des Internets auch, einen Briefkasten bzw. eine Adresse, mit der Sie Post versenden und empfangen können. Einen geeigneten Anbieter im Internet zu finden ist kinderleicht, wurde allerdings in den letzten Jahren durch ein immer größer werdendes Angebot etwas erschwert. Mit den großen Anbietern wie Goglemail, GMX oder auch Hotmail können Sie nichts falsch machen.

Achten Sie bei der Registrierung darauf, dass Sie eine KOSTENLOSE E-Mail-Adresse registrieren. Alle Anbieter sind von Haus aus sogenannte Freemail-Anbieter, haben aber im Laufe der Jahre auch kostenpflichtige Angebote in ihr Programm aufgenommen.

Wählen Sie bei der Registrierung eine E-Mail-Adresse, die für Ihre Empfänger leicht zu memorieren ist, also idealerweise



aus Ihrem Vor- und Nachnamen besteht. Dies erleichtert die Weitergabe der eigenen Adresse an Freunde und Bekannte.

Natürlich sind Sie nicht gezwungen, Ihren bürgerlichen Namen in Ihrer E-Mail-Adresse zu tragen, es bietet aber im späteren Gebrauch der E-Mail-Adresse, beispielsweise als Briefersatz im Geschäftsverkehr, einige Vorteile. Und übrigens:

Eine Spaßadresse können Sie später immer noch als Zweitadresse registrieren.

Sobald Sie den ersten Schritt der Registrierung gemeistert haben, können Sie auf der Internetseite des gewählten Anbieters eigentlich auch gleich die erste E-Mail verfassen – direkt im Internet. Allerdings gibt es neben der Variante „Online“-Mailversand auch noch die Möglichkeit, über ein Programm auf Ihrem PC beispielsweise Microsoft-Outlook-E-Mails zu versenden.

Das Programm fungiert wie ein Postbote, der Ihnen die Briefe aus dem Internet in den heimischen Briefkasten legt und, das unterscheidet die Internetwelt von der Realität, sie auch von dort abholt und in die Welt verschickt. Dies hat

vor allem den Vorteil, dass Sie nicht immer auf die Internetseite Ihres E-Mail-Anbieters surfen müssen. Zusätzlich bieten Programme, wenn sie denn erst mal vom Fachmann eingerichtet sind, eine wesentlich leichtere Handhabung als Internetseiten.

E-mailen hat gegenüber einem handgeschriebenen Brief nicht nur den Vorteil, dass er unmittelbar beim Empfänger in der Mailbox landet, sondern dass Sie ein und denselben Brief gleichzeitig an mehrere Adressaten senden können, ohne eine physische Kopie anzufertigen. Sobald Sie neben der Empfängerleiste (An:) auch eine E-Mail-Adresse in die CC:-Zeile eingeben (CC: engl. = Carbon Copy), wird die E-Mail automatisch auch an diesen Empfänger gesendet. Neben der CC:-Zeile steht Ihnen in den meisten Fällen auch noch eine BCC:-Zeile zur Verfügung (BCC: engl. = Blind Carbon Copy). Auch die hier eingetragenen Adressaten der Mail bekommen eine Kopie der elektronischen Post.

E-Mail – was ist das?

Die (auch das) E-Mail (kurz Mail, von englisch electronic mail – „elektronische Post“) ist eine auf elektronischem Weg in Computernetzwerken übertragene, briefähnliche Nachricht.

E-Mail wird als wichtigster und meistgenutzter Dienst des Internets angesehen, nicht zuletzt, weil E-Mail es erlaubt, Text-Nachrichten ebenso wie digitale Dokumente (also z.B. Grafiken oder Office-

Dokumente) in Sekundenbruchteilen rund um die Erde zuzustellen. Standardsprachlich hat sich in Deutschland die weibliche Form („die E-Mail“) des grammatikalischen Geschlechts weitgehend durchgesetzt, in der Schweiz hingegen das Neutrum („das E-Mail“), während in Österreich und in Teilen Südwestdeutschlands beide Formen Verwendung finden. Quelle: Wikipedia

Worin liegt also der Unterschied zwischen den beiden Zeilen?, fragen Sie sich bestimmt nun. Die Sichtbarkeit der Empfänger macht den Unterschied. Während alle CC:-Empfänger allen anderen E-Mail-Empfängern angezeigt werden, bleibt der BCC:-Empfänger für die anderen Adressaten der E-Mail unsichtbar. Eine schöne Funktion, wenn Sie jemanden unbeachtet vom restlichen Publikum in Kenntnis von etwas setzen wollen.

Die weitaus wichtigste Erweiterung einer E-Mail ist der Anhang. Als Anhang lassen sich sowohl Dokumente als auch Bilder sowie Video-Clips und Audiodateien verwenden. In den meisten Mailprogrammen wie auch auf der Mehrheit der Freemail-Internetseiten ist die Anhangfunktion durch eine Büroklammer gekennzeichnet. Sobald Sie diese Büroklammer klicken, gelangen Sie in die Navigationsansicht und können somit die Datei, die Sie anhängen möchten, auswählen. Achten Sie bei Ihren Anhängen darauf, dass Sie die Maximalgröße von normalerweise insgesamt 20 MB nicht überschreiten. <

Wie geht es weiter?

Der vierte Beitrag meiner Computerserie zum Thema „Das Internet surfen“ erscheint in der November-Ausgabe der Souverän. <

© Die Bildrechte sind den Urhebern vorbehalten.
© Die erwähnten Softwarenamen sind urheberrechtlich geschützt.



Der Autor: Oliver Bruemmer ist Verleger und doppelter Buchautor und arbeitet hauptberuflich als Unternehmensberater.



Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns:

Senioren-Union der
CDU Deutschlands

Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Ist die Prozentberechnung (bei der Rente) gerecht? Zum Leserbrief in der Souverän 2-2012, S. 32

Da muss unterschieden werden. Renten sind keine Almosen, sondern durch Beitragszahlung erworbene Ansprüche. Renten sind im Prinzip Eigentum derer, die die Beiträge eingezahlt haben, und darüber darf der Staat eigentlich nicht verfügen. Und es war richtig, dass die Renten in den 1950er Jahren unter CDU-Sozialministern dynamisiert wurden, so dass sie nach einer verlässlichen Gesetzmäßigkeit an die Lohnentwicklung angekoppelt wurden. Verlässlichkeit und Langzeit-Beständigkeit sind besonders bei Renten wichtig, denn man muss auf lange Sicht darauf vertrauen können, was einem zusteht. Da wäre alles andere als prozentuale Anpassungen nach Maßgabe der Lohnentwicklung eine Ungerechtigkeit. Unvorhersehbare Kürzungen sind eigentlich unzulässig. Der Staat hat sich mit der Einführung der Versicherungspflicht selbst verpflichtet, zu ga-

rantieren, dass das, was bei Eintritt in die Versicherung versprochen wurde, auch gilt, wenn der Versicherungsfall eingetreten ist; notfalls muss er dann eben die Versicherung in die Lage versetzen, ihre Verpflichtungen einzuhalten. Auch Privatversicherungen müssen halten, was sie bei Vertragsabschluss versprochen haben. Bei einer durchschnittlichen Lohnsteigerung von 2% bedeutet es für alle, deren Rente nicht um mindestens 2% angepasst wird, de facto eine Rentenkürzung: Der Vertrag ist nicht eingehalten. Unter SPD-Sozialministern ist immer wieder an den Renten herummanipuliert worden; solche Verunsicherung darf eben nicht sein, und der Staat darf sich nicht an den Renten vergreifen, um seine Haushaltslöcher zu stopfen.

Nun hat der Staat der Versichertengemeinschaft Lasten aufgebürdet, die eigentlich Sache der Allgemeinheit wären; durch staatliche Subventionen gleicht er das wieder aus. Aber die Subventionen übersteigen die Fremdlasten. Um wie viel, ist schwer zu beziffern. Wenn aus Steuermitteln Grundrenten(-anteile) u.Ä. gewährt werden, ist es ungerecht, die Empfänger ungleich zu behandeln. Wie dann eine wirklich gerechte Regelung realisieren? Es ist ja auch ungerecht, dass die einen durch ihre Rentenbeiträge vorsorgen und daneben noch Kinder aufziehen sollen und die anderen, die nichts eingezahlt und auch keine Beitragszahler großgezogen haben, auf Kosten der Allgemeinheit eine gleich hohe „Rente“ – und sei es in Gestalt der Sozialhilfe einschl. Putzfrau auf Staatskosten – erhalten. Mit welchem Recht erlegt der Staat Erwerbstätigen noch eine Beitragspflicht auf, wenn sie gar keine Aussicht auf die Gegenleistung haben? Denn Gegenleistung beginnt erst eine zu sein, wenn die Rente den Betrag übersteigt, der einem auch zusteht, wenn man nichts eingezahlt hat. Also müssten für einen Großteil der Arbeitnehmer die Rentenbeiträge entfallen. Gerecht wäre demnach nur die KAB-Lösung: eine steuerfinanzierte Sockelrente für alle. Darüber die beitragsbezogene Sozialversicherungsrente. Obendrauf eine private freiwillige Zusatzversicherung. So lohnt sich Beitragszahlung auch für die, die nur eine Rente unterhalb des Sozialhilfeniveaus erreichen können. Damit wären saubere Verhältnisse ge-

schaffen. Die Solidargemeinschaft wäre frei von Fremdlasten, für die der Träger der Sockelrente zuständig wäre; die Versicherungen wären nur noch denen verpflichtet, die eingezahlt haben und gemäß ihren Beitragszahlungen; sie kämen ohne Subventionen aus. Erhöhungen des Sockelbetrages wären für alle gleich, die der Versicherungsrente prozentual.

Arnold Harfst, 27755 Delmenhorst

Kapitalvernichtungsprogramm statt Altersvorsorge

Zur Souverän 2-2012

Diese Woche habe ich die neue Ausgabe der Souverän erhalten. Gerade diese Ausgabe animiert mich, Ihnen eine Mail zu schreiben, um einen Riesenskandal mit Ihnen zu besprechen, der mich und ca. drei Millionen Rentner in Deutschland betrifft, mit steigender Tendenz. Und zwar geht es um die unterschiedlichsten Formen der Direktversicherung.

Es ist ein Novum in der Gesetzgebung, dass Arbeitnehmer, die über viele Jahre hinweg auf Empfehlung der Politik unter Konsumverzicht (Gehaltsumwandlung) auf Teile ihres Privatvermögens verzichtet haben, als Dank für ihre Eigenvorsorge ab dem 01.01.2004 sogar auch für Altverträge (in meinem Fall Vertragsbeginn 1986!) noch rückwirkend mit einem 17,5-prozentigen Abzug gleich doppelt bestraft werden. Damit wurde aus einer gutgemeinten Altersvorsorge ein Kapitalvernichtungsprogramm! Im Februar 2004 schrieb die FDP in der Drucksache 15/2472: Die ohne Vorwarnung, ohne Übergangsregelungen und ohne ein Gesamtkonzept erfolgte Mehrbelastung vieler Rentnerinnen und Rentner durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz begegnet erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken. Sie verstößt gegen das elementare Recht auf Vertrauensschutz. Diese Regelung schadet der Glaubwürdigkeit einer verlässlichen Politik und schafft eine Atmosphäre des Misstrauens. Trotz der Notwendigkeit, zusätzliche Altersvorsorge zu betreiben, dürfte die Regelung dazu führen, dass die Bürger weniger Verträge für die dringend notwendige zusätzliche Absicherung im Alter abschließen.

Ganz besonders entsetzt bin ich darüber, dass die Bundesregierung vier Grund-

rechtsverletzungen begangen hat, Altverträge nicht anerkennt und das alles damit entschuldigt, dass sie sagt: „So schaffen wir soziale Gerechtigkeit.“ Ein Hohn ist auch diese Aussage, BVerfG-Pressemitteilung vom 15.10.2010: „[...] den betroffenen Versicherten zumutbar, weil der Gesetzgeber berechtigt ist, jüngere Krankenversicherte von der Finanzierung des höheren Aufwands für die Rentner zu entlasten und die Rentner entsprechend ihrem Einkommen verstärkt zur Finanzierung heranzuziehen. [...]“

Viele Politiker und Institutionen habe ich schon angeschrieben. Selten kam eine Antwort, und wenn, dann war sie sehr enttäuschend. Die Politik macht hier aus 3000000 Rentnern Wutbürger, denen nichts anderes übrig bleibt, als „mit den Füßen“ abzustimmen. Ein ganz wichtiger Grund, warum die Wahlbeteiligung immer mehr zurückgeht. ... Ich fühle mich vom Staat betrogen. Mich persönlich kostet dieser Betrug 10000,00 € meiner Altersvorsorge. Ich möchte um Hilfe bitten, da gerade die Senioren-Union die Vertretung der Senioren Deutschlands ist.

Gerhard Kieseheuer, 59939 Olsberg

Die Nachbarn nicht brüskieren!

Zur Souverän 2-2012, S. 10

Bei aller Begeisterung der Regierenden für ihre schnelle Energiewende darf man aber auch uns Verbraucher nicht brüskieren. Milliarden Euro fließen in die Wirtschaft und an Investoren, die Windräder bauen und ihre Dachflächen bestücken. Kaum einer würde ohne diese „Geschenke vom Staat“ auf die Idee kommen, solche umfangreichen Maßnahmen nur wegen der erneuerbaren Energien durchzuführen. Und wir Verbraucher zahlen doppelt, durch unsere Steuergelder und durch die immer steigenden Strompreise. Die Regierung tut das EINE, lässt aber das ANDERE!

Der Ausbau der Transportwege für den erzeugten Strom, der Einsatz neuer Technologien – z.B. der Transport von Gleichstrom – wird nur halbherzig vorangetrieben. Deutschland hat sich für einen Alleingang bei der Energiewende in Europa entschieden, ohne unsere Nachbarn und ohne uns, die Verbraucher!

Wir werden vor vollendete Tatsachen gestellt durch die monatliche Stromrechnung. Und die Industrie hat die Wende zu kostengünstiger Produktion, z.B. der Solartechnik, glatt verschlafen. Sie ruft jetzt wieder nach dem Staat, und siehe da, hoch verschuldete Bundesländer stellen wieder Geld zur Verfügung. Dabei sind es in erster Linie Managementfehler, für die wir als Steuerzahler wieder haften sollen!

Hans-Rudolf Potstawa, 59590 Geseke

Mit Interesse habe ich Ihren Artikel gelesen und gehofft, dass Sie auch das „Für“ zum Atomausstieg so eingehend darlegen wie das „Gegen“. Leider ist das, wie in so vielen Artikeln und Reden zu diesem Thema, auch hier nicht der Fall. Es wird auch von Ihnen (Anm. der Red.: Gemeint ist Autor Herbert Reul) suggeriert, dass unsere deutsche Entscheidung zum Ausstieg nur falsch sein kann. Sie belegen das mit künftig steigenden Preisen für den Verbraucher, mit Stromengpässen, mit fehlenden Transportleitungen usw. Sind das nicht all die Argumente, die uns die Stromriesen einreden wollen?

Was würden uns z.B. die Erneuerung und Modernisierung der Atomkraftwerke kosten, oder was würde es uns kosten, die notwendigen Atomkraftwerke nach neuesten Sicherheitsstandards zu bauen? Wer würde denn hier die Kosten tragen? Nicht auch der Verbraucher? Die Stromindustrie sicherlich nicht. ...

Ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt: Wie sieht es denn mit unserem Leben und dem unserer Kinder (auch in Millionen von Jahren) im Angesicht der nicht beherrschbaren Atomkraft aus? ... Wie unbeherrschbar Atom ist, zeigt doch überdeutlich, dass es bis heute nicht gelungen ist, ein angebliches Endlager zu finden. Alle sind sich einig, dass die Strahlung der abgebrannten Stäbe in naher und ferner Zukunft nicht abbaubar ist. Also sind die „Endlager“ nur eine Beruhigungsspielle, aber keine Lösung. ... Es würde mich mit meiner Partei zumindest auf diesem Gebiet wieder versöhnen, wenn diese Gedanken bei uns mehr Eingang in die Diskussion um die Atomkraft finden würden.

Otto Roth, 50259 Pulheim

VPV Privathaftpflicht-55-Plus bereits ab 44 € jährlich!



Strapazieren Sie Ihr Glück nicht zu sehr

Aktiv, lebensfroh ... nur einmal unachtsam. Das kann reichen, dass andere Ansprüche an Sie stellen. Die Regulierung kann Sie viel Geld kosten. Insbesondere bei Personenschäden. Überlassen Sie das der VPV! Mit der *VPV Privathaftpflicht-55-Plus* sind Sie auf der sicheren Seite. Vereinbaren Sie einfach ein Beratungsgespräch oder informieren Sie sich unter www.vpv.de

VPV

Der Vorsorgeberater seit 1827

VPV Privathaftpflicht-55-Plus

Gleich ausfüllen und an uns zurücksenden oder per Fax an **07 11/13 91-6001**. Sie erreichen uns auch telefonisch unter **07 11/13 91-6125**

Bitte vereinbaren Sie mit mir einen Termin.

Name/Vorname

Straße/Hausnr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

VPV ALLGEMEINE VERSICHERUNGS-AG
Kundenservice
Postfach 31 17 55
70477 Stuttgart

Ich bin damit einverstanden, dass mich die VPV zur Kontaktaufnahme zwecks eines Beratungsgesprächs zum Thema „Privathaftpflicht“ anrufen oder per E-Mail anschreiben darf. Diese Einwilligung kann jederzeit über die VPV Lebensversicherungs-AG, Kundenservice, Postfach 31 17 55, 70477 Stuttgart oder per E-Mail an: info@vpv.de widerrufen werden.

Der Stressengel und andere himmlische Boten im Alltag

Es sind die ganz normalen Plagen und Tücken des Alltags: Wenn man etwa im Stau steht und nicht weiterkommt. Wenn der Stress wieder einmal alle innere Ruhe vertreibt und die Migräne einfach nicht weggeht. Wenn der Computer abstürzt oder der Schlüssel verlegt ist: wunderbare Gelegenheiten, darauf zu vertrauen, dass wir nicht allein auf uns gestellt sind, dass ein himmlischer Bote einen Impuls gibt – eine leise Botschaft, die die Wirklichkeit verwandelt. Wir müssen nur achtsam sein.

Anselm Grün: Der Stressengel und andere himmlische Boten im Alltag – Die 33 Engel für alle Fälle, Verlag Herder, Freiburg 2012, 144 Seiten, ISBN 978-3-451-30646-4, € 12,-



Wir gratulieren!

Für die richtige Beantwortung der Fragen im Souverän-Politik-Quiz der Ausgabe 2-2012 bekommen folgende Gewinner je ein Buch „Helmut Kohl – Erinnerungen 1930-1982“: Georg Riepe, Ingo Schmidt, Hannelore Krause, Peter Henkel, Wolfgang Naumann, Hans-Rudolf Potstawa, Ralph Näscher, Georg Klausner, Peter Sommer, Karl-Ulrich Paul, Manfred Paschke, Gerti Müller, Elfriede Rauhut, Edelgard Seiler, Helga Obsen, Wilma Zurkaulen, Gerda Bruch, Heinz Schließmann, Udo Peetz, Herbert Bollinger, Regina Steinmetz, Hildegard Kulig-Sanawi, Richard Peruche, Herda Griesang-Wirth, Richard Becker. Und so lauteten die richtigen Lösungen der Fragen auf S.39: 1a Bernhard Vogel, 2c Franz Josef Röder, 3c Willy Brandt, 4a Peter Altmeier

souverän Kreuzwörterrätsel

aber	Nähzeug	lat.: Götter	Fremdwortteil: innen	Vornehmer	ital.: ja	Himmelsbote	Schonkost	Bankansturm	empfehlen
▶	▼	▼	▼	▼	▼		▶	▼	▶
Frauenname	▶		10			span. Artikel	▶		6
ebenefalls	▶				flach positionieren	▶	2		▶
▶		veraltet	▶		5			span. Artikel	▶
ein Umlaut	▶								
▶	nicht mit Hilfe der Sprache								4
unbek. Größe (Mathematik)	▶								
niederl. Presseagentur (Abk.)									
▶			Stelzvogel	▶				Cheruskerfürst	▶
dt. Adelsprädikat	▶			Kanton der Schweiz		Trick	▶	Stern im Pegasus	▶
▶			wertvolle Holzart	▶	Fuhrwerk	▶			Farbton
Getränk		Tendenz	▶				1	in der Nähe von	▶
Babycost	▶				englisch: von, aus		Trage	▶	7
▶	9			auf der Hand liegend	▶				
südam. Haustier		Wirkstoff des Kaffees	▶					franz.: eins	▶
									3

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11

Mitmachen lohnt sich! Senden Sie das Lösungswort an souverän, c/o Weiss-Verlag, Postfach 30, 52153 Monschau, oder per E-Mail an CHaeder@weiss-verlag.de.

Unter allen Einsendern verlosen wir fünf attraktive Bildbände. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen! Einsendeschluss ist der 12.09.2012.



„Eine Offensive für das Lebensrecht ist überfällig. Unser Land muß wieder kinder- und familienfreundlich werden, sonst wird es keine lebenswerte Zukunft geben.“

(Johanna Gräfin von Westphalen,
CDL- Ehrenvorsitzende)

Wir fordern u.a.:

- Umfassende Aufklärung über das Leben vor der Geburt, die Grausamkeit der Abtreibung und ihre Folgen für die Frauen
- Besseren Schutz und mehr Unterstützung für Mutter und Kind
- Intensivere Hilfen für Familien und Alleinerziehende
- Menschliche, medizinische und seelsorgliche Begleitung für unheilbar Kranke und Sterbende
- Ausbau der Palliativmedizin und des Hospiznetzes
- Keine Tötung auf Verlangen und aktive Sterbehilfe (Euthanasie)
- Verbot der ‚verbrauchenden‘ Forschung an menschlichen Embryonen, des Klonens und der Manipulation an der menschlichen Erbsubstanz

**Interessieren Sie sich für diese lebenswichtigen Zukunftsfragen?
Wollen Sie dazu klar Profil bekennen?
Dann werden Sie jetzt Mitglied in der CDL!**

Informationen erhalten Sie per Post oder unter www.cdl-online.de

Für den aktiven und konsequenten Schutz des Lebens vom Beginn an bis zum natürlichen Tod.

CDL 
Für das Leben.

Christdemokraten für das Leben e.V.
Initiative in der CDU/CSU
CDL-Bundesgeschäftsstelle
Schlesienstr. 20 · 48167 Münster
Tel.: 0251/6285160 · Fax 0251/6285163
info@cdl-online.de
Spendenkonto: Sparkasse Meschede
Konto-Nr.: 2584, BLZ: 464 510 12

WIEN erleben - im sonnigen BADEN wohnen!



SCHLOSSHOTEL OTH

Wien erleben - in Baden wohnen

A-2500 BADEN bei Wien, Schlossgasse 23, Tel: +43/ (0) 2252 / 444 36, Fax 44 900

BADEN BEI WIEN

BADEN BEI WIEN mit seinem milden sonnigen Südklima (vom März bis November), zählt mit seinem gemütlichen Ambiente zu den größten (30.000 Einwohner) und attraktivsten Sommer-Urlaubsorten Österreichs. Sandstrand, Palmen, einer der prächtigsten Rosenparks Europas, größtes Casino unseres Kontinents, Theater, Konzerte, Blumenfeste, malerische Altstadt, bunte Märkte, Wanderungen im Wienerwald, durch Weinberge zum „Heurigen“ (Winzerschenken), u.v.a.m. erwartet Sie, nur 20 km südlich von WIEN!

SCHLOSSHOTEL OTH

„WIEN erleben - in BADEN wohnen“
... ein kleines Stück Paradies zum Wohlfühlen!

Freuen Sie sich auf das „WIEN-Erlebnis-Programm“ vom Schlosshotel Oth!

Abwechslungsreiche Programm-Angebote aus Unterhaltung, Kultur und WIEN-Erlebnis. Persönliches Service & Gäste-Betreuung durch die Hotelier-Familie Oth. Umfangreiche organisatorische Unterstützung für Ihre Reise- und Programmgestaltung, etc. Genau das Richtige z.B. für Ihre besondere **WIEN-REISE** mit **Freunden!**

SCHLOSSHOTEL OTH - für Sie der „Ideale Ausgangspunkt“ für WIEN und Umgebung!

Für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc. Konzert- und Theaterkarten werden gerne besorgt!

Privat geführtes Urlaubshotel mit mediterranem Flair, romantischem Ambiente, persönlichem Service und gemütlicher Urlaubs-Atmosphäre, so richtig zum Wohlfühlen!

Zimmer hell und freundlich mit großem Balkon, angenehmen Schlafkomfort-Betten, Bad/Dusche, WC, **Gratis W-LAN am Zimmer**, Kabel-TV, Zimmer-Safe, Kühlschrank, etc. Lift, Hausarzt, Garten, A-la-carte-Restaurant, **HALBPENSION** (gerne auch leichte Diät), **FRÜHSTÜCK BIS MITTAG!**

SCHLOSSHOTEL OTH - zentrale ruhige Grün-Lage im Badener Villenviertel,

nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten **SANDSTRAND-THERMALBAD (freier Eintritt exklusiv für unsere Gäste!)**. Bequem zu Fuß zu schönen Wanderungen, zu Winzerschenken, zum Wegerl im Helenental, in die malerische Badener Altstadt zu bunten Märkten, beeindruckenden Parkanlagen mit Konzerten, zu Cafes, Restaurants, Boutiquen, größtem Casino Europas, ...

Direkt ab Schlosshotel Oth: Bequemer „WIEN-City-BUS“:

... direkt nach WIEN-Zentrum / Altstadt / Oper und Wiener U-Bahn (nach Schloss Schönbrunn, Prater, Wiener Messe etc.)
BUS fährt jede Stunde – Rund-um-die-Uhr (Fahrzeit ca. 30 Min!)



Verlangen Sie doch unverbindlich unseren Hotelprospekt und günstige Angebote!

Einfach anrufen unter

Tel: 0043 / 2252 / 44 436

oder E-Mail an hotel@oth.info

SOVERÄN - Preis:
Im Doppelzimmer + Balkon, etc, pro Person:
7 NÄCHTE inkl. Frühstück €398,-
inkl. Halbpension € 510,-
Einzelzimmerzuschlag 70,-



vom Hotel: ...nur 50m zum SANDSTRAND-Thermalbad!

... nur 200m zum Badener ROSEN-PARK!

www.oth.info/wien-reise

BADEN BEI WIEN = Handlungsort der Wiener Operette „Die Fledermaus“